

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1950-1950 1950**

9 (11.1.1950)

# WÄRSER TAG

Aus dem Inhalt:

Das ganze Deutschland muß es sein!

Die Staatsschuld des Bonner Spalterkabinetts

KPF gegen Saar-Annexion

Gewerkschaftler, seid auf der Hut

Verlag: Südwest-Verlag GmbH, Offenburg, Friedrichstr. 36, Fernruf Nr. 2207. Redaktion: Freiburg, Vaubanstr. 12, Fernruf Nr. 2249. Chefredakteur: Hermann Jerrontup. Vertriebsstellen: Rastatt, Kaiserstr. 1, Offenburg, Friedrichstr. 36, Konstanz, Hussenstr. 49, Lörrach, Feldbergstr. 7, Freiburg, Vaubanstr. 12.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM. 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM. 2,05, zuz. DM. — 54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Städt. Sparkasse Mhm., Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste. 8. Anzeigen werden entgegengekommen in allen Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 9

Mittwoch, 11. Januar 1950

Preis 15 Pf.

## Ueber die Ziele der Nationalen Front

**Wilhelm Koenen sprach vor Pressevertretern Berlin.** (EB) Ueber Aufgaben und Ziele der Ausschüsse der nationalen Front des demokratischen Deutschlands äußerte sich der Vorsitzende des Sekretariats der nationalen Front, Wilhelm Koenen, in Berlin vor in- und ausländischen Journalisten. Koenen teilte mit, daß die Umwandlung der Ausschüsse der Volkskongressbewegung in Ausschüsse der nationalen Front nunmehr in allen Orten und Städten der Deutschen Demokratischen Republik erfolge. Zugleich wachse der Kreis der Deutschen an, die sich der nationalen Front anschließen und zwar aus der Erkenntnis heraus, daß nur durch die nationale Front die berechtigten Forderungen nach Einheit und Frieden verwirklicht werden. Vor dieser nationalen Kampffront werde auch die westdeutsche Separatregierung kapitulieren und dem deutschen Volk den Weg in eine glücklichere Zukunft freimachen müssen.

## Propst Grüber bleibt dabei

**Bielefeld.** Propst Grüber hat sich einem Vertreter des evangelischen Pressedienstes gegenüber geäußert, daß er keine Verantwortung sehe, zu den vielen Zeitungsartikeln über seine Schilderung des Weihnachtsbesuches im Konzentrationslager Sachsenhausen Stellung zu nehmen. „Ich kann nur die Bitte wiederholen, den ganzen Bericht zu lesen“, sagte er. „Ich habe mir oft die Frage vorgelegt, was die Interviews, um die man mich in dieser Sache angeht, bezwecken. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß der größte Teil nicht die Tendenz hatte, den Internierten zu helfen und den Angehörigen ein beruhigendes Wort zu sagen.“

## Hermann Röchling angeklagt

**Paris.** Der deutsche Industrielle Hermann Röchling, der während der Nazizeit Beauftragter für Eisen und Stahl für die besetzten Gebiete war, ist durch die Stahlwerke bei Nancy unter Anklage gestellt worden. Er soll 1940 Eisen- und Stahlprodukte ohne Entschädigung in Besitz genommen und Angestellte des Werkes, die Widerstand dagegen leisteten, ins KZ eingeliefert haben. Der Prozess soll am 9. Februar vor einem Gericht in Nancy beginnen.

## Privater Handel zwischen Großbritannien und Sowjetunion nimmt zu

Obwohl kein neues britisch-sowjetisches Handelsabkommen zustande kam, hat der Handel der Sowjetunion mit britischen Geschäftsleuten auf privater Grundlage einen Aufschwung genommen. Die Russen kaufen die Maschinen und elektrische Einrichtungsgegenstände von britischen Privatfirmen und liefern Getreide und Bauholz nach Großbritannien. Im November wurden allein 70 000 t sowjetisches Getreide in britischen Häfen gelöscht. Auf Anfragen amerikanischer Stellen, die trotz ihres Eintretens für liberale Wirtschaftsprinzipien diesen privaten Handel als unvereinbar mit den Zielen des Marshall-Planes bezeichneten, bemerkten britische Handelsexperten hierzu, die britische Regierung könne keine Kontrolle ausüben, um diesen privaten Handel zu unterbinden.

## Im Streiflicht gesehen

### Ausbrecher kehrte freiwillig zurück

**Hamburg.** (dpa) Der letzte der fünf Ausbrecher, die am Sonntagabend aus dem Lazarett des Untersuchungsgefängnisses Hamburg geflohen waren, meldete sich am Sonntag vor Mitternacht freiwillig bei einem Polizeirevier in Hamburg. Zwei andere Flüchtlinge waren von der Polizei bei einer Großfahndung im Botanischen Garten in Hamburg ergriffen worden. Ein vierter Häftling war von Justizbeamten festgenommen worden. Der fünfte wurde beim Fluchtversuch erschossen. Die fünf Häftlinge hatten die mehrere Meter hohe Gefängnismauer überstiegen. 50 Polizisten, 4 Radiostreifwagen, zwei Scheinwerferwagen und Kriminalbeamte waren zur Verfolgung eingesetzt worden.

### US-Kraftwagen tötet drei Fußgänger

**Kusel (Pfalz).** Drei Menschen wurden in der pfälzischen Ortschaft Miesau im Kreis Kusel getötet, als ein amerikanischer Personenkraftwagen mit hoher Geschwindigkeit in eine Fußgängergruppe fuhr. Zwei Hüftenarbeiter waren auf der Stelle tot. Die siebenjährige Tochter des einen starb im Krankenhaus an den Folgen eines Schädelbruchs. Drei andere Personen wurden verletzt.

### Erdbeben in Calais

**Calais.** Calais wurde von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Die Erdstöße dauerten vier Sekunden. Innerhalb weniger Sekunden waren die Straßen der Stadt mit schreckensbleichen Leuten angefüllt, die vom Abendessen auf die Straßen gestürzt waren. (Nach Reuter)

### Hakenkreuz über dem Maximilianeum

**München.** Ueber dem bayerischen Landtagsgebäude, dem Maximilianeum, zeich-

## Sollen wir weiter dafür bluten?

20,2 Milliarden Besatzungskosten bis zum Dezember 1949 — Fordert Abzug der Besatzungsmächte

Vom 1. April 1950 an werden die Besatzungskosten vom Haushalt des westdeutschen Bundes getragen. Die Höhe der Besatzungskosten wird für das Jahr 1950/51 auf etwa 4,5 Milliarden DM geschätzt, das wird etwa 50 Prozent des Haushalts des westdeutschen Separatstaates ausmachen. Diese, der westdeutschen Bevölkerung durch die Besatzung auferlegten Lasten belaufen sich bis zum Dezember 1949 auf etwa 20,2 Milliarden Mark. (Von 1945 bis März 1949 wurden 17,2 Milliarden Mark errechnet.) Das ist aber nicht alles, was die westdeutsche Bevölkerung aufbringen muß, weil noch immer kein Friedensvertrag mit Deutschland zustande gekommen ist und immer noch die Besatzungstruppen in Deutschland stehen. In der Zeitschrift „Frankfurter Hefte“ vom Januar 1950 schreibt Rüdiger Proske:

„Schließlich ist zu erwähnen, daß nicht unbedeutliche Ausgaben der Kreise und der Gemeinden von ihren Haushalten nicht auf das Besatzungskonto der Länderhaushalte übertragen werden dürfen, obgleich es sich tatsächlich um Besatzungskosten handelt. Wie groß jener Teil ist, der nicht bei den Besatzungsaufgaben geführt wird und daher bei der Gesamtsumme der Besatzungskosten von 17,2 Milliarden RM/DM nicht in Erscheinung tritt, ist unbekannt.“

„Die zusätzlichen Lasten, die der deutschen Volkswirtschaft allein in der französischen Zone durch die Handelsgeschäfte des „Oficomex“ entstanden sind, werden bis zum 31. März 1948 auf 123 Millionen Dollar geschätzt.“

Die Besatzungskosten bilden eine unerträgliche Belastung für die westdeutsche Bevölkerung. Allein die angeführte Summe von 20,2 Milliarden Mark übersteigt die Summe der gesamten Lieferungen der USA an Westdeutschland — ERP-Lieferungen und Garioa-Lieferungen bis zum Dezember 1949 in Höhe von 13 Milliarden Mark — um mehr als 7 Milliarden Mark. Wir haben also

## Millionen für Ministergehälter

Allein Heuß und Adenauer schlucken 429 000 DM im Jahr

**Bonn.** (Nach dpa) Das Bonner Kabinett, einschließlich der Gehälter, Aufwandsentschädigungen und sonstigen Geldsummen, die dem westdeutschen Präsidenten, dem westdeutschen Kanzler und den westdeutschen Ministern nach dem Haushaltsplan ausbezahlt werden, kostet die westdeutsche Bevölkerung rund eine Million DM im Jahr. Der westdeutsche Kanzler Dr. Adenauer erhält ein Jahresgehalt von 45 000 DM. Daneben stehen ihm für „besondere Aufgaben“ eine Aufwandsentschädigung von 24 000 DM, ein Dispositionsfonds von 50 000 DM und ein Verfügungsfonds von 100 000 DM zur Verfügung. Der westdeutsche Präsident Dr. Heuß bezieht ein Jahresgehalt von 50 000 DM. Ihm stehen außerdem eine Aufwandsentschädigung von 100 000 DM und ein Dispositionsfonds von 60 000 DM zur Verfügung. Heuß und Adenauer haben

schon 20,2 Milliarden Mark an Besatzungskosten bezahlen müssen und 13 Milliarden Mark für die sogenannte amerikanische „Hilfe“ müssen wir noch bezahlen. Zahlen müssen wir auch weiterhin die Besatzungskosten, die allein in diesem Jahre, wie schon bemerkt, 4,5 Milliarden DM ausmachen. Diese enormen Summen bezahlen die Westdeutschen mit ihrem niedrigen Lebensstandard, dabei wächst unsere Verschuldung an das Ausland von Tag zu Tag. Nie und nimmer darf sich die Bevölkerung in Westdeutschland mit diesen Kolonialmethoden einverstanden erklären.

## Drei entscheidende Fragen für unser Volk

Der Demontageprozess in Hannover geht jeden Deutschen an

**Hannover.** (Eig. Ber.) In Hannover stehen bekanntlich acht Deutsche vor dem Militärgericht, die für einen Aufruf verantwortlich gemacht wurden, der die Meinung aller Deutschen zum Ausdruck brachte, daß die Arbeiter nicht länger ihre eigenen Arbeitsplätze demontieren dürfen.

In einer Stellungnahme des Verteidigungskomitees im Demontageprozess heißt es: „In dem Demontageprozess gegen acht Deutsche werden drei entscheidende Fragen aufgeworfen, die für das ganze deutsche Volk von großer Bedeutung sind:

1. Haben die Alliierten heute noch das Recht, Demontagen zu befehlen?
2. Sind die im Grundgesetz verankerten Grundrechte bindendes Gesetz?
3. Genießen die vom deutschen Volke gewählten Abgeordneten die Immunität?

Hierzu wird festgestellt, daß für die Demontage keine Rechtsgrundlage besteht. Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 mußten alle Demontagen bis spätestens 2. Februar 1948 abgeschlossen sein. In diesem Abkommen heißt es:

„Der Umfang der als Reparationen aus den westlichen Zonen zu entfernenden Anlagen muß spätestens in sechs Monaten festgesetzt sein.“

Der Abtransport von Anlagen der Großindustrie soll sobald wie möglich beginnen und zwei Jahre nach dem in Paragraph 5 bezeichneten Zeitpunkt beendet sein.“

Das Verteidigungskomitee stellt weiter fest, daß das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht auf Immunität im Grundgesetz verankert sind. Diese „unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft“ müssen auch für die Angeklagten Gültigkeit haben. Der niedersächsische Landtag schloß sich einstimmig dieser Auffassung an.

Die britische Militärregierung, so wird festgestellt, setze somit die Bestimmungen des Bonner Grundgesetzes über die Grund-

rechte des deutschen Volkes außer Kraft und verurteile dasselbe zu einem Schattendasein. Der Prozess geht jeden Deutschen an. Mit den acht Angeklagten sitzt das deutsche Volk auf der Anklagebank und hat sich zu verantworten. Es stehen erste demokratische Rechte und Freiheiten der deutschen Bevölkerung auf dem Spiel. Verantwortlich heißt: „Sich verteidigen“. Die Verteidigung der acht angeklagten Deutschen muß die Sache des ganzen deutschen Volkes sein.

Jeder muß deshalb die Verteidigung unterstützen. Alle Stellungnahmen und Zuschriften sind zu richten an das Niedere Militärgericht in Hannover und an das Verteidigungskomitee in Hannover, Rosenstraße 7. Spenden sind zu richten an den Verteidigungsfond Hannover (Postcheckkonto 106 699, Robert Lehmann — für Verteidigungskomitee).

## In Metallarbeiter-Demonstrationszug gefeuert

Acht Tote und über 100 Verletzte in Modena — Generalstreik gegen Polizeiterrror

**Modena.** (E.B.) Auf einen Demonstrationszug von 10 000 Metallarbeitern eröffnete die Polizei in Modena am Montag das Feuer, um die Arbeiter auseinanderzutreiben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden acht Arbeiter getötet. Die Zahl der Verletzten beziffert sich auf über 100, wovon 30 Menschen schwer verletzt sind. Als Antwort auf das brutale Vorgehen der Polizei haben die Gewerkschaften für das gesamte Gebiet von Modena den Generalstreik bis Dienstagabend ausgerufen.

Tausende von Werktätigen gaben am Montagabend auf einer Massenkundgebung auf dem größten Platz Modenas ihrer Empörung über den Polizeiterrror Ausdruck.

In Gewerkschaftskreisen Roms wird allgemein damit gerechnet, daß sich die Protestwelle gegen das Blutbad von Modena über das ganze Land ausbreiten und einen Generalstreik für ganz Italien nach sich ziehen wird.

Der Exekutiv Ausschuss des italienischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes ist am Montagabend zu einer Sondersitzung zusammengetreten, um einen zusammenfassenden Bericht über die blutigen Ereignisse in Modena entgegenzunehmen und einen Beschluß über geeignete Protestmaßnahmen zu fassen.

Auch die Vorstände der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei Italiens haben Besprechungen über eine gemeinsame Protestaktion aufgenommen.

### Innenpolitik radikal ändern!

Di Vittorio zum Polizeiterrror in Modena

**Modena.** (E.B.) Eine radikale Aenderung der von der italienischen Regierung verfolgten Innenpolitik forderte der Generalsekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes, Di Vittorio, auf einer Pressekonferenz, in der er zu dem Feuerüberfall der italienischen Polizei auf demonstrierende Arbeiter in Modena Stellung nahm. Statt zwischen Arbeitern und Unternehmern zu vermitteln, sagte Di Vittorio, schicke die Regierung die Polizei gegen die Werktätigen vor.

Di Vittorio gab seinem Wunsche Ausdruck, daß die Protestaktionen der italienischen Werktätigen gegen die Terrorherrschaft der Scelba-Polizei in Ruhe und Disziplin durchgeführt werden. Niemand solle sich jedoch einbilden, sagte Di Vittorio,

daß die Arbeiterklasse sich mit leeren Redensarten abspähen lassen werde.

### Hafenarbeiterstreik verschärft

**Sydney.** (RdFk.) Der Proteststreik der Hafenarbeiter von Sydney gegen die Entlassung von 200 ihrer Kollegen und gegen die Einstellung von gewerkschaftlich nicht-organisierten Arbeitern hat sich trotz Dro-

hungen der Regierung auf die übrigen Häfen Australiens ausgedehnt. Allein im Hafen von Sydney liegen 51 Schiffe, darunter 39 Ueberseedampfer fest. Die Zahl der Streikenden im Hafen von Sydney erhöhte sich auf 6000.

### Kohlenarbeiterstreik lebt auf

**Pittsburg.** (E.B.) Tausende von Bergarbeitern, die in Gebirgen Virginias und Pennsylvaniens beschäftigt sind, haben die Arbeit eingestellt, so daß sich zur Zeit 37 000 Bergarbeiter in diesen beiden USA-Staaten im Streik befinden. Es wird allgemein mit einer Ausdehnung der Streikbewegung auf die Kohlengruben im Staate Ohio gerechnet.

### Polizei erschießt kurzerhand Unschuldigen

Haltlose Anschuldigung waren Anlaß für das unerhörte Vorgehen

**Trier.** (E.B.) Ein unglaublicher Skandal ereignete sich in Trier. Die Polizei hat den 25jährigen Karl Peiker, einen völlig Unschuldigen, im Laufe einer Fahndungsaktion gegen eine „Räuberbande“ erschossen. Die Kriminalpolizei von Cochem hatte über eine zweifelhafte Frau die Angabe erhalten, daß ihr eine Räuberbande bekannt sei und sie ein Verhältnis mit dem Bandenführer „Wolke“ habe. Die Cochemer Kripo fuhr nach Trier, machte sich mit der dortigen Polizei auf die vermeintliche Spur nach den Verbrechern. Es erfolgte die Absperrung des Geländes um das Amphitheater und der Kaiserthermen, wo sich angeblich der Schuttwinkel der Banditen befinden sollte. Die schwindelhafte Denunziantin war bei dieser Razzia anwesend, wo allerdings nichts entdeckt wurde. Die Polizei war schon im Aufbruch, als ihr in einer angrenzenden Straße ein Radfahrer entgegenkam. Dieser wurde von der Denunziantin Rosa Schneider einfach als der Bandenführer „Wolke“ bezeichnet.

Ein dienstfertiger Polizeihauptwachtmester schrie sofort: „Hände hoch oder ich schieße!“ und obwohl der völlig überraschte und unschuldige Karl Peiker sofort Anstalten machte, zu halten und sein Rad an die Stra-

## Colombo-Konferenz eröffnet

Nehru über das neue China

**Colombo.** (EB) Der indische Ministerpräsident Nehru erklärte, es habe schon immer eine „dringende Notwendigkeit“ für einen Regierungswechsel in China bestanden. In gewisser Weise seien in China schon jetzt zum Teil die Anforderungen der sozialen Gerechtigkeit erfüllt worden, die in ganz Südostasien durchgeführt werden müßten. Nehru wandte sich gegen die in Europa von anglo-amerikanischer Seite verfolgte Politik des kalten Krieges.

„Die Politik des kalten Krieges in Europa werde möglicherweise nicht geeignet sein, um mit den Problemen im fernen Osten fertig zu werden.“ Es wäre unklug, der kommunistischen Welt gegenüber eine völlig negative Haltung einzunehmen.

Der kanadische Außenminister Pearson ließ die bevorstehende Anerkennung der chinesischen Volksregierung durchblicken, als er in seinen Ausführungen darauf hinwies, daß Kanada nicht in allem der USA-Politik folgen würde.

## Nicht aufzuhalten!

„The New Yorker“ über die Freiheitsbewegung in Südostasien

**New York.** (EB) Das Anwachsen der Freiheitsbewegung in den Ländern Südostasiens läßt sich nicht mehr eindämmen, erklärt die Londoner Zeitung „The New Yorker“ in einem Kommentar zu der Colombo-Konferenz, auf welcher die Außenminister der Common wealth-Staaten wie gemeldet u. a. auch Maßnahmen gegen die ständig anwachsende Freiheitsbewegung in Südostasien erörtern wollen. Das Blatt weist darauf hin, daß die Aufständischen in Burma den großen Teil des Landes beherrschen und daß es den Briten in dem seit 8 Monaten gegen die Freiheitsbewegung des malaisischen Volkes geführten Krieg nicht gelungen ist, diese Bewegung auch nur irgendwie zu schwächen.

## Karte Bao Dai sticht nicht

Kämpfe in Indochina gehen weiter

**Saigon.** (RdFk.) Die Kämpfe in Indochina dauern mit unverminderter Heftigkeit weiter an. Zwei etwa hundert Kilometer von Saigon entfernte stark besetzte Stützpunkte der französischen Kolonialtruppen werden seit geraumer Zeit von Verbänden der vietnamesischen Freiheitskämpfer belagert. Die französischen Kolonialtruppen erlitten Verluste in Höhe von 450 Mann. Trotz Verstärkung durch Fallschirmjäger gelang es ihnen bisher nicht, die dem belagerten Stellungen auszubringen.

## Tschu En-Lai an Bevin

**Hongkong.** (E.B.) Die Volksrepublik China sei bereit, diplomatische Beziehungen zur Regierung von Großbritannien auf der Basis der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung des Gebietes und der Souveränität beider Länder aufzunehmen, erklärte Tschu En-Lai in seiner Antwort auf das Schreiben des britischen Außenministers Bevin über die Anerkennung der chinesischen Volksregierung durch Großbritannien.

## Polizei erschießt kurzerhand Unschuldigen

Haltlose Anschuldigung waren Anlaß für das unerhörte Vorgehen

**Trier.** (E.B.) Ein unglaublicher Skandal ereignete sich in Trier. Die Polizei hat den 25jährigen Karl Peiker, einen völlig Unschuldigen, im Laufe einer Fahndungsaktion gegen eine „Räuberbande“ erschossen. Die Kriminalpolizei von Cochem hatte über eine zweifelhafte Frau die Angabe erhalten, daß ihr eine Räuberbande bekannt sei und sie ein Verhältnis mit dem Bandenführer „Wolke“ habe. Die Cochemer Kripo fuhr nach Trier, machte sich mit der dortigen Polizei auf die vermeintliche Spur nach den Verbrechern. Es erfolgte die Absperrung des Geländes um das Amphitheater und der Kaiserthermen, wo sich angeblich der Schuttwinkel der Banditen befinden sollte. Die schwindelhafte Denunziantin war bei dieser Razzia anwesend, wo allerdings nichts entdeckt wurde. Die Polizei war schon im Aufbruch, als ihr in einer angrenzenden Straße ein Radfahrer entgegenkam. Dieser wurde von der Denunziantin Rosa Schneider einfach als der Bandenführer „Wolke“ bezeichnet.

## Zehnjährige Taschendiebin

Sie ernährte allein ihre Familie

**Hamburg.** Rund 150 Taschendiebstähle mit einer Gesamtbeute von 5000 Mark gestand eine zehn Jahre alte Schülerin aus Hamburg-Rahlstedt ein, die von der Hamburger Polizei auf dem Wochenmarkt ertrappt wurde. Das Mädchen hat mit den Diebstählen eine dreiköpfige Familie ernährt.

Den Tip zu seinen Diebereien will das Mädchen von einer gleichaltrigen Freundin erhalten haben. Schon der erste Versuch hatte ihr eine Geldbörse mit 70 Mark eingebracht. Sie lieferte die Beute ihrer Mutter ab, die über das Talent ihrer Tochter, nach Angaben der Polizei, sehr erfreut war.

# Das ganze Deutschland muß es sein

## Ein historischer Beschluß: Sekretariat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland konstituiert

Berlin. (E. B.) Das Sekretariat der Deutschen Volkskongressbewegung nahm am 7. Januar 1950 Stellung zu der aus allen Kreisen der Bevölkerung erhobenen Forderung, die Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden in Ausschüsse der Nationalen Front umzuwandeln. Als Ergebnis dieser Beratung faßte das Sekretariat folgenden Beschluß:

Durch das Manifest für die Schaffung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland hat der Deutsche Volksrat in seiner letzten Sitzung einen entscheidenden Schritt zur Steigerung des Kampfes für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden getan. Der Aufruf für die Nationale Front findet in Ost und West immer stärkeren Widerhall. Immer lebhafter werden die Rufe nach einer festeren organisatorischen Zusammenfassung.

Neue Kräfte aus allen Schichten, insbesondere aus den Reihen der Intelligenz, der früheren P's und der Unternehmer haben sich für die nationale Zusammenarbeit mit den Volksausschüssen ausgesprochen und in Gruppen und Zirkeln zusammengefunden. Immer dringlicher wird daher das Verlangen der Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden, ihre Tätigkeit nunmehr auf höherer Stufe, als Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland weiter entfalten zu können.

Die Remilitarisierung, die in Westdeutschland durch den Kanzler des Separatstaates Adenauer für den Dollarimperialismus Woche für Woche in stärkerem Maße betrieben wird, sowie die Ausplünderung der Ruhr, gegen die eine neue Massenbewegung eingesetzt hat, und die ununterbrochene Reihe der verbrecherischen Konkurrenzdemontagen, durch die Hunderttausend ins Elend gestürzt werden, erfordern auch für den Westen eine noch klarere Formierung aller nationalen Kräfte zur Nationalen Front.

Das Sekretariat der Volkskongressbewegung hat deshalb in Ausführung der Beschlüsse des allgemeinen Wahlen behandelnden 3. Deutschen Volkskongresses und des Manifestes des Deutschen Volksrates für die Nationale Front nunmehr beschlossen, sich folgerichtig als Sekretariat

der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu konstituieren. Damit wird zugleich dem Verlangen der Volksausschüsse zugestimmt, als Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland aufzutreten.

Diese Landes-, Kreis- oder Ortsausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland werden nicht nur die bisher von ihnen als Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden geleistete Arbeit für den nationalen Aufbau verstärkt fortsetzen, sondern sich durch eine noch breitere nationale Politik mit allen Kräften für die

Schaffung eines friedlichen, demokratischen Deutschland einsetzen, denn die Wiedergeburt Deutschlands ist nur auf demokratischer Grundlage möglich.

Das ganze Deutschland muß es sein, für das wir den Frieden gewinnen. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland wird diese historischen Aufgaben lösen.

Wilhelm Koenen,  
Vorsitzender des Sekretariats;  
Paul Merker, SED; Georg Dertinger, CDU;  
Dr. Karl Hamann, LDP; Friedel Malter, FDGB; Vincenz Müller, NDP; Paul Scholz,

# „Auf daß die Sonne über Deutschland scheint!“

## Rede von Hermann Matern, Vizepräsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik auf den internationalen Kundgebungen im Rhein-Ruhr-Gebiet

Stuttgart. (V. St.) Trotzdem gerade die Metallindustrie im vergangenen Jahr enorme Gewinne einheimste, gehen jetzt die Unternehmer dazu über, sich durch die Kündigung von Tarifverträgen die Bahn für einen Angriff auf die Löhne und damit die Lebenshaltung der Arbeiter freizumachen. Das Vorgehen der Unternehmer ist eine Folge der Marshallplanpolitik und der damit verbundenen sogenannten Liberalisierung, die der Willkür der Unternehmer Tür und Tor öffnet.

Liebe Freunde der deutschen Einheit!  
Liebe Genossinnen und Genossen!

Es ist mir eine Freude, euch die herzlichsten Kampfgrüße des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu übermitteln. Besondere Grüße und engste Verbundenheit soll ich auch noch zum Ausdruck bringen von unseren Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl.

Der Kampf um das Herzstück Deutschlands, um das deutsche Ruhrgebiet, ist unsere gemeinsame Aufgabe, und unsere Partei ist mit derselben Leidenschaft daran beteiligt wie ihr. Es ist kein Zweifel, wenn die deutsche Arbeiterklasse das Ruhrgebiet beherrscht, dann ist die Einheit Deutschlands entschieden, dann ist es für alle Zeit mit der reaktionären Herrschaft in ganz Deutschland zu Ende, dann haben die Adenauer und ihre imperialistischen Auftraggeber für alle Zeit in Krieg ausgeliefert.

Vereinen wir unsere Kraft  
In der Deutschen Demokratischen Republik ist die führende Kraft die Arbeiterklasse. Ein sichtbarer Ausdruck dafür ist die Tatsache, daß Wilhelm Pieck Präsident ist und Otto Grotewohl Ministerpräsident. Wenn wir die gewaltige Kraft der Deutschen Demokratischen Republik mit der Kraft der westdeutschen Arbeiterklasse und aller nationalgesinnten Deutschen im Bonner Separatstaat vereinen, dann wird die Deutsche Demokratische Einheit zum Unwiderstehlichen Zwang.

Die Amerikaner beginnen plötzlich von Wahlen in ganz Deutschland zu reden. Bisher wurde jedes gesamtdeutsche Gespräch verhindert, jede Konferenz mit Teilnehmern aus allen deutschen Ländern, die sich mit der deutschen Einheit beschäftigen wollten, wurde im Bonner Separatstaat verboten. Solange fremde imperialistische Armeen in Deutschland stehen, kann man nicht von wirklichen freien und demokratischen Wahlen sprechen.

# Es hat auch für Deutschland Geltung

## Präsident Truman erinnert sich an das Potsdamer Abkommen

Präsident Truman entschied am 5. Januar den Streit um Formosa und stellte in einer Erklärung fest, daß die USA „davon Abstand nehmen“

- a) zu versuchen, Einflußgebiete innerhalb des chinesischen Territoriums zu erlangen oder eine vom Ausland kontrollierte Regierung dort zu errichten,
- b) zu versuchen, besondere Rechte oder Vorrechte auf dem Gebiet Chinas zu erlangen.

Von besonderer Bedeutung ist es, daß sich der Präsident in seiner Erklärung ausdrücklich auf das Potsdamer Abkommen beruft und feststellt, daß die in diesem Abkommen enthaltene Bedingung der Rückgabe Formosas an China von Japan bei seiner bedingungslosen Kapitulation angenommen wurde.

Es ist in der Tat erfreulich, daß der Präsident der USA in aller Öffentlichkeit erklärt, daß das Potsdamer Abkommen nach wie vor seine Gültigkeit behalten hat und damit indirekt gegen die reaktionäre Hearst-Presse Stellung nimmt, die den verstorbenen Präsidenten Roosevelt dafür angreift, daß er dieses Abkommen vorbereitet.

Allerdings müssen wir uns hierbei daran erinnern, daß das Potsdamer Abkommen sich nicht nur auf Japan, sondern auch auf Deutschland bezieht. Es wäre daher wünschenswert, daß der Präsident und diejeni-

gen, die in seinem Namen in Europa Politik machen, sich auch daran erinnern würden, daß im Potsdamer Abkommen die Vernichtung der „übermäßigen Konzentration der Wirtschaft“, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands und die Errichtung zentraler deutscher Verwaltungseinheiten zur Vorbereitung einer gesamtdeutschen Regierung, sowie der Abschluß der Demontagen innerhalb von 2 Jahren enthalten war.

Da der Präsident der USA zu einem und demselben Abkommen in zwei verschiedenen Teilen der Welt zwei verschiedene Stellungen bezieht, — denn die dem Potsdamer Abkommen widersprechende Politik in Westdeutschland ist auch als eine Stellungnahme zu werten — ist wohl die Vermutung nicht unberechtigt, daß die Stellungnahme des Präsidenten mit den Siegen der chinesischen Volksbefreiungsbewegung und vielleicht auch mit der Äußerung der Londoner „Times“ vom 2. 1. 1950: „Solange noch kein Krieg ausgebrochen ist, oder solange dieser nicht unmittelbar vor dem Ausbruch steht, könnten die USA kaum Formosa besetzen, ohne sich die Beschuldigung eines Aggressionsaktes zuzuziehen.“ im Zusammenhang steht.

Wir glauben daher nicht fehlzugehen, wenn wir annehmen, daß der Präsident auch den sich auf Deutschland beziehenden,

von ihm selbst unterschriebenen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens wieder zu ihrer Geltung verhelfen wird, wenn der Ruf des deutschen Volkes nach der nationalen Einheit, dem Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und dem Abzug aller Besatzungsmächte nur laut genug wird.

# Staatsschuld des Bonner Spaltekabinetts

## Vor der Ermächtigung des Finanzministers bis zu 800 Millionen Kredit aufzunehmen

Bonn. (Sid) Wie wir bereits angekündigt, wollen die Bonner Koalitionsparteien den Finanzminister ermächtigen, bis zu 800 Millionen DM Kredit für die Bundeshaupptaak aufzunehmen. Der Gesetzentwurf der Fraktion der Bonner Koalition (CDU, CSU, FDP und DP) liegt nun vor und wird auf der heutigen Bundestagssitzung zur Debatte stehen.

Die bizonale Verwaltung in Frankfurt hatte sich bereits vor der Gründung des westdeutschen Separatstaates eine ähnliche Ermächtigung für die Kreditaufnahme bis zur Höhe von 500 Millionen DM erteilen lassen. Die Erhöhung dieser Kredite auf 800 Millionen DM wird jetzt damit begründet, weil das Kabinett Adenauer bei der Bank Deutscher Länder ein Marshall-Plan-

# Von Dänemark und Israel anerkannt

Berlin. (EB) Die dänische Regierung hat die zentrale Volksregierung der Volksrepublik China am Montag anerkannt.

Auch die israelische Regierung hat die Volksrepublik China am Montag anerkannt.

# „Ziviler Ungehorsam“

Akkra (Goldküste). Aus Protest gegen die britische Frontherrschaft haben die Werktätigen der britischen Kronkolonie Goldküste am Montag mit einer Kampagne des „zivilen Ungehorsams“ begonnen. Im Rahmen dieser Kampagne, die der Auftakt zu dem vom Gewerkschaftskongress der Goldküste angekündigten Generalstreiks ist, führen die Werktätigen Wetstreiks und Boykotts durch.

trotzdem auch für ihren Abzug aus Deutschland.

Die Zeitungen hier schreiben jeden Tag, daß wir Sozialisten uns nur halten können unter dem Schutz der Sowjetarmee. Warum fordern diese Zeitungen und Schumacher und Adenauer nicht mit uns zusammen den Abzug aller Besatzungstruppen? Dann wird es sich doch in ganz Deutschland zeigen, wer sich auf wen stützt.

Wir sind sofort und jeden Tag dazu bereit und warten auf klare Antwort. Wo das Volk bei einer klaren und freien Entscheidung steht, das hat das chinesische Volk bewiesen, und wir halten die Deutschen nicht für dümmer als die Chinesen. Deshalb steht vor jedem Deutschen klar und eindeutig die Frage: Wollen wir nicht endlich unser Schicksal in die eigenen Hände legen? Dann heißt das, die Nationale Front schaffen, die dieses selbstverständliche Recht des deutschen Volkes erkämpft.

Fort mit dem Ruhr- und Besatzungsstatut! Abzug aller Besatzungstruppen! Schaffen wir die Nationale Front aller Deutschen, die guten Willens sind, dann wird das einige, einheitliche demokratische und friedliche Deutschland erstehen, auf daß die Sonne schön wie nie über Deutschland scheint.

# Dibelius: Das Gute nicht verschweigen

Köln. (ap) Eine „folgschwere Niederlage“ für den Westen, bezeichnete Bischof Dr. Otto Dibelius die Ereignisse der letzten Zeit in einer Ansprache in der überfüllten Martin-Luther-Kirche am Sonntag. Bischof Dibelius betonte, „man darf das Gute auch nicht verschweigen“. So habe er gesehen, daß die Konzentration der Deutschen Demokratischen Republik einen besseren Eindruck machten als im Dritten Reich.

# KPF gegen Saar-Annexion

## Pressekonferenz ausländischer Arbeiterführer

Düsseldorf. Auf einer Pressekonferenz, die sich der großen internationalen Kundgebung in Düsseldorf anschloß, erklärte Pierre Villon, Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Frankreichs, die französische KP habe sich wiederholt gegen die Annexion des Saargebietes ausgesprochen. „Wir sind für die Einheit Deutschlands“, sagte Pierre Villon.

Das französische Volk, erklärte Villon, werde sich mit aller Kraft gegen eine Remilitarisierung Westdeutschlands stellen. Es habe die Erfahrung gemacht, daß reaktionäre internationale Kreise nach 1935 Hitler unterstützten mit der Hoffnung, der Diktator würde nur die Sowjetunion angreifen. Es ist anders gekommen, und die gleichen Befürchtungen, erklärte Villon, drängen sich dem französischen Volk heute auf. Die Kommunistische Partei Frankreichs wende sich auch entschieden gegen den Plan Adenauer-Pferdmenges „französi-

sches Kapital in die Ruhr fließen zu lassen. Da amerikanische Finanziers den Franzosen erst die Devisen für so eine Transferierung gewähren müßten, würden die amerikanischen Monopolkapitalisten diese Gelegenheit ausnutzen, um sowohl die deutsche als auch die französische Industrie stärker unter ihre Herrschaft zu bringen.

Eine außerordentlich interessante Mitteilung machte Pierre Villon in bezug auf die Konkurrenzdemontagen in Westdeutschland, die er im Namen seiner Partei scharf ablehnte. Auch in Frankreich, erklärte Villon, gebe es so etwas wie eine Stilllegung des Fischer-Tropsch-Verfahrens. Ein größeres Werk, das Treibstoff aus Kohle herstellt und das sich im Norden Frankreichs befindet, sei unter amerikanischem Einfluß jetzt geschlossen worden. Dies käme einer Demontage gleich.

Entrüstet antwortete Genosse Duspy, Mitglied des ZK der belgischen Kommunistischen Partei, auf die Frage eines Pressevertreters, er verstehe überhaupt nicht, wie man sich danach erkundigen könne, ob das belgische Volk Vorteile aus dem Ruhrstatut ziehe. In Belgien selbst seien sogar die Befürworter des Ruhrstatuts, wie z. B. Ministerpräsident Spaak, nur mit Resignation an dieses Statut herangekommen. Belgien könne überhaupt keinen Einfluß in der Ruhrbehörde nehmen, da es nur eine Stimme habe gegenüber je drei Stimmen der Anglo-Amerikaner. Die bisherigen Maßnahmen der Ruhrbehörde — Senkung des Kohlenpreises für den Export — hätten den Lebensstandard der belgischen Bevölkerung weiter gesenkt.

Hermann Matern, Vizepräsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, betonte, daß die führenden Politiker der DDR jederzeit bereit seien, sich mit den führenden Politikern im Westen an einen Tisch zu setzen, um über die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abzug aller Besatzungstruppen zu beraten.

Eihige Journalisten, die für deutschsprachige britische und amerikanische Zeitungen schreiben, versuchten die Pressekonferenz dadurch zu stören, daß sie eine Reihe von Verleumdungen und Spekulationen über die fortschrittliche Bewegung, die in ihren Zeitungen laufend erscheinen, zum Thema ihrer Fragen machten. Als sie gebührende Antworten erhielten, verließen sie vorzeitig die Konferenz und hinterließen damit bei den ausländischen Gästen einen sehr schlechten Eindruck.

# Gewerkschaftler, seid auf der Hut!

## Württembergisch-badische Metallindustrie kündigt Tarife — Angriff auf die Löhne

Ende 1948 stellte sich der Kurswert, der an den sieben Börsen des Bundesgebietes amtlich notierten Aktien von rund 450 Gesellschaften auf 2,119 Milliarden DM. Ende 1949 waren es schon 4,082 Milliarden. Der Durchschnittskurs betrug Ende November 1949 etwa 50 Prozent gegenüber etwa 27 Prozent am Jahreschluß 1948. Das ist eine Steigerung des Aktienwertes um rund 100 Prozent. Die stärksten Kurssteigerungen verzeichneten im Jahre 1949 die Werte der Montan-, Kali-, Elektro- und Versorgungsindustrie, sowie Banken- und Verkehrswerte. Dies geht aus einer von der früheren Kommerzbank herausgegebenen Broschüre mit dem Titel „Rund um die Börse 1949“ hervor. Das „Handelsblatt“ vom 30. Dezember 1949 ist in seinem Jahresrückblick ebenfalls ziemlich offen. Unter den Überschriften: „Kohle und Stahl in weiterem Anstieg“, „Chemieproduktion auf Vorkriegsstand“, „Elektrotechnik überwand Widerstände“, „Kraftzuwachs der Textil-

wirtschaft“, „Aufschwung der Bauwirtschaft“ usw. erbringt sie den Beweis dafür, daß das Jahr 1949 für die westdeutschen Unternehmer ein Jahr guten Profits war. Das unterstreichen auch Sätze wie der folgende: „Die Investitionen erfolgten weitgehend über hohe Preise.“

Das ist die Situation, in der vom Verband Württemberg-Badischer Metallindustrieller nachstehende Kündigungen von Tarifverträgen auf Anfang dieses Jahres ausgesprochen wurden.

1. Der Manteltarifvertrag für das Mechaniker- und Maschinenbauerhandwerk auf den 30. April 1950.
2. Der Manteltarifvertrag für das Kraftfahrzeughandwerk auf den 31. März 1950 (ausgenommen das Karosseriebauerhandwerk).
3. Das Schlosser- und Maschinenbauerhandwerk hat auf den 31. März 1950 nach-

stehend aufgeführte Positionen des Manteltarifvertrages gekündigt:

Absatz I: Geltungsbereich; Absatz III: Zuschläge für Ueberzeitarbeit; Absatz IV: Lohnzahlungen, davon Absatz 6; Absatz XII: Lohnansprüche bei Arbeitsausfall und Arbeitsversäumnis; Absatz XV: Urlaub; Absatz XX: Ortsklasseneinteilung (bereits am 30. 4. 49 gekündigt); Absatz XXIII: Schlussbestimmungen.

4. Vom Verband Württ.-Bad. Metallindustrieller das Zusatzabkommen zum Tarifvertrag für die Metallindustrie in Württemberg-Baden für die in Außenmontage tätigen gewerblichen Arbeitnehmer der Elektroindustrie auf den 31. März 1950.

Interessant ist, daß die Kündigungen in erster Linie kleinere Betriebe mit einem Minimum an Beschäftigten betreffen. Das läßt den Schluß zu, daß die Unternehmer versuchen, an der schwächsten Stelle einen Einbruch zu erreichen. Es genügt den Aktionären von Gesellschaften wie Klöckner, Continental usw. anscheinend nicht, daß sie in wenigen Jahren ihre Profite verdoppeln und verdreifachen konnten. Sie versuchen durch Entlassungen, Lohndruck und ähnliche Manipulationen ihre Gewinne noch mehr zu steigern.

Die Kündigung von einer Reihe von Tarifverträgen in Württemberg-Baden ist ein ernstes Warnungszeichen, das die Gewerkschaften nicht übersehen sollten. Heute ist es eine verhältnismäßig kleine Gruppe, deren Lohn bei den Frühjahr stattfindenden neuen Tarifverhandlungen beschnitten werden soll. Morgen schon können es die Arbeiter anderer Industriezweige sein. Es ist deshalb für alle Arbeiter und Angestellten wichtig, jetzt schon diesem ersten großen Versuch des Lohndruckes seitens der Unternehmer entgegenzutreten und ihnen zu zeigen, daß die Schaffenden nicht gewillt sind, ihren kärglichen Lohn zugunsten eines noch größeren Profits der Unternehmer weiter beschnitten zu lassen.

# Pressestimmen

## Meinungsverschiedenheiten in USA

Die heutige Ankündigung des Präsidenten Truman folgt auf Wochen wachsender Meinungsverschiedenheiten in Washington über die Politik gegenüber Formosa. Die Ankündigung zog eine unmittelbare und scharfe Kritik seitens mehrerer republikanischer Mitglieder des Kongresses nach sich. Einige von ihnen, wie der Senator Taft aus Ohio verlangte, daß die USA falls notwendig, ihre Flotte einsetzen sollen, um die chinesischen Kommunisten davon abzuhalten, Formosa zu erobern. Senator Knowland, ein Republikaner aus Californien, der kürzlich aus Japan zurückkehrte, wo er sich mit General MacArthur besprach, griff den Schritt der Regierung als einen Verrat an den nichtkommunistischen chinesischen Streitkräften an. In einer Satsrede, die der Ankündigung des Präsidenten folgte, sagte Senator Knowland, „eine kleine Gruppe ehrgeiziger Männer in der Fernost-Abteilung des Staatsdepartements, die von höheren Stellen gestützt werden“, sind für die Lage der nationalistischen Regierung verantwortlich.

Senator Ferguson, ein Republikaner aus Michigan sagte kurz und bündig, daß die Ankündigung des Präsidenten „die gemeinsame Außenpolitik der beiden Parteien zum Fenster hinauswerfe“. Er sagte, weder die republikanischen, noch die demokratischen Führer des Kongresses wären über diesen Schritt befragt worden. Von demokratischer Seite äußerte sich Senator Connolly aus Texas, der Vorsitzende des Senatskomitees für außenpolitische Angelegenheiten: „Ich stimme mit der Erklärung des Präsidenten vollständig überein... Jede andere Stellungnahme verwickelt uns in eine sehr ernste und gefährliche Lage.“ Es wurde jedoch von Beobachtern festgehalten, daß Senator Connolly früher

zugunsten der Berufung einer Militärmission nach Formosa Stellung nahm, wie es letzte Woche von den vereinigten Armeechefs geraten wurde.

Gestern Abend erfuhren wir durch Homer Bigart von unserem Washingtoner Büro, daß die Meinungsverschiedenheiten auf ein viel bedeutenderes Gebiet übergriffen haben, auf das des zukünftigen Staates Japans. Mr. Bigart berichtete daß die Meinungsverschiedenheiten ein solches Ausmaß angenommen haben, daß die beiden Departemente (das Staatsdepartement und das Verteidigungsdepartement, d. Red.) noch nicht einmal darü übereinstimmen können, ob jetzt ein japanischer Friedensvertrag notwendig ist.

„New York Herald Tribune“

## Adenauer-Politik spiegelt Hillers Schrei nach „Lebensraum“ wider

Die USA-Behörden in Deutschland nehmen dieses Land heute, wie es sich ihnen bietet, den Ausgang der Wahlen als eine Demonstration des demokratischen Interesses in der Selbstverwaltung; die neozaristischen und antisemitischen Ausbrüche als das unglückliche Echo einer besiegten und toten Vergangenheit; die Forderungen des Bundeskanzlers als die logische Entwicklung einer unabhängigen deutschen Behörde; den Ausschuß des Führers der Parlamentsopposition auf 20 Parlamentsitzungen als die Wiederholung von Präzedenzfällen, die schon anderswo in Europa durchgeführt wurden. Das Gerede über den Aufbau deutscher Armeeeinheiten als eine Angelegenheit über die man besser nicht spricht. Aber in jeder dieser Äußerungen ist ein Element des Geistes enthalten, der Hillers Schrei nach Lebensraum oder Bismarcks Intrigen des letzten Jahrhunderts widerspiegelt.

„New York Herald Tribune“

### So lebt man in Warschau

Während einer Reise durch Osteuropa ging ein Berichterstatter des „Daily Worker“ in eine Warschauer Arbeiterfamilie, um einmal an Ort und Stelle die Lebenshaltung des polnischen Volkes zu erkunden und sie mit dem englischen Lebensstandard zu vergleichen. Er suchte sich für diesen Zweck das Heim eines gelernten Arbeiters der Schwerindustrie aus, der mit seinem Einkommen zweifellos über dem Durchschnitt liegt, setzte aber auch die Lebensverhältnisse eines britischen Facharbeiters mit überdurchschnittlichem Einkommen zum Vergleich ein.

Sein polnischer Arbeiter verdient nach den erhaltenen Angaben, einschließlich der Zulagen für zwei Kinder, wöchentlich 8400 Zloty. Das Londoner Gegenbeispiel kommt, mit der Zulage für das zweite Kind — für das erste gibt es keine Zulagen — auf 7 Pfund und 7 Schilling im gleichen Zeitraum. Beide sind verheiratet, bei beiden arbeitet die Frau nicht, und beide haben je zwei Kinder in annähernd gleichem Alter. Beide essen in der Fabrikkantine und gelegentlich auswärtig; die Kosten dafür werden bei dem Vergleich daher nicht berücksichtigt. Der Berichterstatter sah nur in den häuslichen Kochtopf und stellte fest, daß die Ernährung der polnischen Familie zweifellos viel besser war als die irgendeines britischen Arbeiters in der gleichen Stellung.

#### Neue 3-Zimmer-Wohnung

Die Warschauer Familie lebt in einer nagelneuen 3-Zimmer-Wohnung mit Küche und Bad und zahlt dafür wöchentlich 200 Zloty, was dem Lohn für eine Arbeitszeit von 65 Minuten entspricht. Die Londoner Familie zahlt für ihre Wohnung 25 Schilling in der Woche, was einer Arbeitszeit von sieben Stunden entspricht. Viele Londoner Arbeiterfamilien wohnen aber teurer, je nach Alter und Beschaffenheit des Hauses. In Polen liegen die Mieten zwischen 5 und 12 Prozent des Einkommens, dagegen nehmen sie in England bei älteren Wohnstätten 10 bis 15 Prozent, bei modernen Häusern 15 bis 25 Prozent des Einkommens in Anspruch.

Dazu kommt ein wesentlicher Unterschied bei Heizung und Licht. Der Londoner Arbeiter rechnet für wöchentlich 15 Schilling, während der Pole 100 Zloty dafür ansetzt, was dem Lohn für 32 Minuten Arbeit entspricht. Dieser polnische Arbeiter bekommt zwar von seinem Werk für die Heizperiode 5 Tonnen Kohle zusätzlich, aber die durchschnittlichen Ausgaben für Heizung und Licht betragen, wie der Korrespondent versichert, in allen Volksrepubliken annähernd die angegebene Summe.

Was in England jeden Tag passiert, ist jedenfalls in Polen unmöglich: daß ein Arbeiter eine neue Wohnung deshalb nicht mieten kann, weil die Miete zu hoch ist.

#### Bezahlter Urlaub

Ein anderes Beispiel für den Unterschied der Lebenshaltung gibt der Urlaub. Die meisten britischen Arbeiter unternehmen in diesem Jahr keine Urlaubsreise, weil sie ihnen zu kostspielig war. Unter 35 Pfund kann ein Ehepaar mit zwei Kindern auch bei bescheidenen Ansprüchen nicht auf zwei Wochen verreisen.

Die polnischen Eltern schicken ihre beiden Kinder für zwei Monate in ein Erholungsheim. Der Spaß kostete sie je Kind und Woche 900 Zloty oder 3600 Zloty insgesamt, etwa die Hälfte eines Wochenlohnes. Die Eltern aber gingen für die zwei Wochen des — natürlich bezahlten — Urlaubs in das Ferienheim des Betriebes, das ehemals der Wohnsitz eines polnischen Magnaten gewesen ist. Für den zweiwöchigen Aufenthalt zahlte der Mann als Betriebsangehöriger 2800 Zloty, für seine Frau den doppelten Preis, insgesamt 8400 Zloty oder einen Wochenlohn. Als Lohnarbeiter erhielt der Mann die Eisenbahnfahrkarte frei, während seine Frau zum halben Preis fahren durfte.

Unter diesen Verhältnissen wundert sich der britische Berichterstatter nicht mehr, daß die polnische Arbeiterfamilie Geld für Kleider, Möbel und andere Bedarfsgegenstände die nicht zur täglichen Notdurft gehören, ohne besondere Schwierigkeiten zurücklegen kann, was dem britischen Arbeiter meistens mißglückt.

#### Es ist aber kein Druckfehler

Nicht herangezogen sind die „indirekten“ Vergünstigungen, die der britische Arbeiter überhaupt nicht kennt. Die Krankenversicherung ist in Polen kostenlos, in der Fabrik gibt es Kaffee nach Belieben, Mehrleistungen des Arbeiters finden ihren Niederschlag in entsprechend höheren Entschädigungen.

Und der Korrespondent verläßt seine Warschauer Arbeiterfamilie, um ein Beispiel aus dem Leben des tschechoslowakischen Bergarbeiters zu erzählen. Wenn dort der Kumpel sein Jahressoll erreicht hat, dann erhält er am „Tag des Bergarbeiters“ ein Viertel seines Jahreskommens als Sonderzahlung. „Ihr sollt nicht denken, daß es ein Druckfehler ist“, setzt er für seine englischen Leser hinzu, „ich habe wirklich ein Viertel des Jahreskommens gemeint“.

Die Zahl der indirekten Vergünstigungen aber, schreibt er zum Schluß, ist sozusagen endlos.

### Ein Stießer erzeugt 2350 t Eisen überplanmäßig

Moskau. Die Werktätigen der sowjetischen Eisenhüttenindustrie begehnen das neue Jahr mit großen Produktionsserien. Viele Betriebe der Eisenhüttenindustrie haben nicht nur ihre Jahres-, sondern auch die Fünfjahrespläne erfüllt. Hervorragende Arbeiterfolge erzielten die Woroschilow-Hüttenwerke, die als erster Betrieb dieser Art im Süden der UdSSR den Produktionsplan für 1950 vorfristig beendet und damit den Nachkriegsplan um fast 13 Monate unterboten haben. Dieses Ergebnis ist um so höher zu bewerten, als das Werk während des Krieges fast völlig zerstört worden war. Heute sind dort 60 Prozent aller Schaffenden Stachanow-Arbeiter. Insgesamt wurden bisher über 500 Rationalisierungsvorschläge eingereicht, deren Verwirklichung die Einsparung von über vier Millionen Rubel ermöglichte.

Die Abteilungen des Werkes sind mit den neuesten Maschinen ausgestattet. Die Stießer haben über 1200 Schmelzungen nach einem bestimmten Schnellverfahren durchgeführt, wobei der beste Stießer des Werkes, Iwan Tschetkow, im Arbeitswettbewerb mit dem Über-Meister W. Amosow 2350 Tonnen Eisen überplanmäßig erzeugte.

## „Unsere Arbeit dient unserer eigenen Zukunft“

Zweiter Bericht unseres f. J.-Berichterstatters aus dem Stahlwerk Henningsdorf

Henningsdorf. Schon unterwegs zur Fahrt in das volkseigene Stahl-Walzwerk Henningsdorf hatten wir von der vorbildlichen Kultur- und Schulungsarbeit dieses volkseigenen Betriebes gehört. Doch, was wir sahen, stellte unsere Erwartungen weit in den Schatten.

Henningsdorf hat sich die Pflege und Ausbildung seines wertvollsten Gutes, der Jugend, zur vornehmsten Aufgabe gemacht. Schon in der geräumigen Lehrwerkstätte, wo wir rund 100 Jungen antreffen, erkennen wir die Liebe und Sorgfalt, mit der die Ausbildung der jungen Menschen umgeben ist. Neugierig umringen uns die „Stepkes“ — wie der Berliner Volksmund seine Jungen nennt. Doch sie geben uns schlagfertig und ungekünstelt schnell Antworten auf unsere Fragen. Und was wollen wir nicht alles von ihnen wissen: ob es ihnen im Betrieb gefällt, warum sie mit

so viel Ernst und Einsatzfreudigkeit arbeiten, ob denn der von ihnen gezeigte Fleiß überhaupt einen Zweck habe. Die schönste Antwort aber gab wohl ein 15-Jähriger auf unsere Fragen, als er sagte: „Das ist unser Betrieb, und unsere Arbeit dient unserer eigenen Zukunft!“

Vieles noch wollen wir wissen. Beispielsweise, was sie verdienen. Und wir sind überrascht zu hören, daß sie bereits im zweiten Lehrjahr mehr verdienen als ausgebildete junge Menschen in Westdeutschland.

#### Geistig starke Menschen wachsen heran

Eine hoch entwickelte Wirtschaft braucht geistig starke Menschen. Darum sorgt auch das Stahl-Walzwerk Henningsdorf dafür, daß neben der fachlichen Ausbildung seiner Lehrlinge, die geistige Schulung und Weiterbil-

dung seiner Jugendlichen steht. Dazu hilft mit die Jugendgruppe der FDJ, der alle Jungen und Mädels mit Begeisterung angehören. Müssen die Reaktionäre in Westdeutschland toben und Gift und Galle gegen die fortschrittliche Arbeit der FDJ speien. Hier haben sie verloren. Und diese Jugend werden sie nicht noch einmal als Kanonenfutter für ihre verbrecherischen Ziele auf die Schlachtfelder treiben.

In den Gruppenabenden der FDJ werden die Probleme des Betriebes besprochen. Und die jungen Aktivisten zeigen sich hier manchmal ihren älteren Kollegen in Diskussion und Tatkraft überlegen. Aber auch die Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens spielen in den Aussprachen und Ausbildungsabenden eine entscheidende Rolle. Denn Wissen ist Macht, und niemand hat dies besser erkannt, als die von einem vorbildlichen Bildungstrang besessene Jugend der Deutschen Demokratischen Republik.

## Dem Wohle des Bauern dienen!

Gute Entwicklung der Dorfgemeinschaften in der DDR

Schwerin. In immer stärkerem Maße erkennen die Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik die Bedeutung der Dorfgemeinschaften. Dies wird durch die bisherige Entwicklung der Dorfgemeinschaften eindeutig unter Beweis gestellt. So gehören heute z. B. von den rund 8600 Alt- und Neubauern des Kreises Schwerin über 4500 Bauern den Dorfgemeinschaften an. Die Zahl der Dorfgemeinschaften hat sich seit Mai 1949 von 36 auf 57 erhöht.

Bei dem Mißtrauen, das die Bauern nach 1945 in vielen Fällen der genossenschaftlichen Arbeit entgegenbrachten, ist dies gewiß ein Erfolg. Die Bauern haben erkannt, daß die Arbeit der Dorfgemeinschaften ihren eigenen Interessen dient und daß es ihnen nach den demokratischen Rechten und den entsprechenden Satzungsbestimmungen jederzeit möglich ist, ein entscheidendes Veto einzulegen, wenn gefaßte Beschlüsse oder Anordnungen ihren Interessen zuwiderlaufen.

Trotz der kurzen Zeit des Bestehens sind die Dorfgemeinschaften schon heute in der Lage, einen ordnungsmäßigen Geld- und Warenverkehr abzuwickeln. Bei den Arbeiten der Erfassung waren vorerst nur 12 Dorfgemeinschaften tätig, da die übrigen Dorfgemeinschaften noch nicht über den genügenden Lageraum verfügten. Dagegen konnten sämtliche 57 Dorfgemeinschaften in die Aufgaben der Versorgung mit Saatgut, Futtermitteln, landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, Düngemitteln und zu einem großen Teil auch in den Einkauf freier Spitzen mit eingeschaltet werden.

Eine der größten Schwierigkeiten, um die Dorfgemeinschaften zu voll arbeitsfähigen Organen zu machen, ist der Mangel an Lageräumen, über die bisher nur 15 Dorfgemeinschaften verfügen. Es ist daher für 1950 geplant, für 22 weitere Dorfgemeinschaften, die verkehrsmäßig zentral günstig liegen, Lageräume für Dünger und Getreide zu bauen. Diese Angelegenheit ist ein sehr dringendes Problem, und es wird mit aller Aktivität an die Lösung dieser Frage herangegangen. Sehr zu begrüßen ist die Selbstinitiative einiger Dorfgemeinschaften, die Lageräume durch entsprechende Behelfsbauten schaffen wollen.

Von besonderer Wichtigkeit im Kampf um die Erreichung der Friedenserträge ist, daß zu den bisherigen 14 Saatreinigungsanlagen in diesem Jahr 12 weitere Anlagen mit Beizvorrichtungen hinzukommen werden. Hierdurch wird es möglich sein, daß im Kreis Schwerin bei den nächsten Bestellungsarbeiten kein ungebeiztes Saatgut mehr in die Erde kommt. Weiter ist die Beschaffung von Drillmaschinen zur genossenschaftlichen Nutzung und der Einbau von drei Fuhrwerkswagen bei den zentral gelegenen Dorfgemeinschaften an Verladestationen geplant.

Wie sehr sich die Dorfgemeinschaften bereits in verschiedenen Bezirken das volle Vertrauen der Bauern erobert haben, beweist die Tatsache, daß beispielsweise im Arbeitsbereich der Plater Genossenschaft sämtliche

Bauern Mitglieder sind. Um dies erstrebenswerte Ziel in allen Bezirken des Kreises Schwerin zu erreichen, werden in den kommenden Wintermonaten in verstärktem Maße Bauernversammlungen und Mitgliederversammlungen in den Landgemeinden stattfinden, auf denen die heute noch abseits stehenden Bauern für die Mitgliedschaft und Mitarbeit in den Dorfgemeinschaften gewonnen werden sollen. Je stärker die Mitgliederzahl der Dorfgemeinschaften wird, um so zuzubringender wird sich die genossenschaftliche Arbeit für die Bauern, die Landwirtschaft und schließlich für die gesamte Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik auswirken.

#### Neue Kraftwagentypen

Moskau. In den Straßen der sowjetischen Hauptstadt erschienen neue Typen von Elektromobilen, die vom wissenschaftlichen Forschungsinstitut für Automotoren konstruiert wurden. Die Kraftwagen haben eine Tragfähigkeit von 0,5 bis 1,5 Tonnen. Durch Versuche wurde festgestellt, daß die Elektromobile die sonst üblichen Ausgaben für Kraftwagen um 15 bis 25 Prozent verringern. Das neue Transportmittel ist für kleine Frachten und Beförderung von Post in Städten bestimmt.

## Tschen, Maschinenschlosser aus Schanghai

Der Reporter des „National Guardian“ berichtet über den Weg der jüngsten, größten Volksrepublik

Sprecher der chinesischen Volksrepublik sagen, sie werde „von der Arbeiterklasse geführt“. Gleichzeitig betonen sie oft, ihre Wirtschaftspolitik müsse „sowohl der Arbeiterschaft wie dem chinesischen Bürger Nutzen bringen“. Dies mag widersprüchlich erscheinen. Aber Tschen Kung-Ju, ein Schanghai qualifizierter Arbeiter versteht das, weil er mitten drin lebt.

Tschen ein 45jähriger Maschinenarbeiter hat im Bürgerkrieg 1945 bis 1949 keine Waffe in die Hand genommen. bis der Krieg seine Stadt erreichte. Dann gehörte er dem Rufe des Allchinesischen Arbeiterbundes und gesellte sich den Arbeitern zu, die sich dicht vor dem Zusammenbruch der Kuomintang und die großen Werke von Schanghai versammelten. Tschens Gruppe gelangte zu Gewehren durch Umtausch gegen Zivilkleider, die von den Truppen Chiangkaischeks begehrt wurden, weil diese es eilig hatten, zu desertieren. Mit diesen Flinten verjagten sie Tschangs Zerstörer-Einheiten, die den Befehl hatten, die Maschinen zu vernichten.

#### Verteidiger der Zukunft

Sein Leben für die Maschinen einzusetzen erschien Tschen deshalb sinnvoll, weil zerstörte Fabriken soviel bedeuteten wie Arbeitslosigkeit und Hungertod. Wohl hat er

erfahren, daß die Bauernrevolution das Feudal- und Auslandsjoch in China zerbrochen hat. Aber nur die Industrie kann ein neues Land schaffen.

Als der Kampf vorüber war, wurde Tschen einer Arbeitermannschaft beigegeben die ein Kuomintangwerk in öffentlichen Besitz und Betrieb zu übernehmen hatte. Heute arbeitet er nicht nur an seiner Maschine, sondern sitzt als Gewerkschaftsvertreter im Produktionsrat des Werks. Das Werk hat vielfache Probleme zu lösen. Es muß Material aufreiben und für die durch die Blockade verursachte Knappheit Ersatz erfinden. Es hat die Aufgabe, sich von der Waffenerstellung umzustellen auf solche Produkte, die man nötig hat, um die Muskelbelastung des bäuerlichen China zu vermindern, Pflüge, Bewässerungspumpen und kleine Traktoren.

#### Er steht in den Zeitungen

Tschen, der wie die meisten chinesischen Arbeiter auf dem Lande aufgewachsen ist hat manche dieser neuen Produkte selbst gezeichnet. Das ganze Land schätzt jetzt Männer seiner Art, die technische Geschicklichkeit mit tief gewurzelter Kenntnis der Bedürfnisse eines noch Ackerbau treibenden Landes verbinden.

Obgleich Tschen vorher nie eine derartige Gelegenheit gehabt hat, haben die Erfindun-

gen seinen Namen in die Zeitungen gebracht in Fettdruck, der früher nur für Berichte über Politiker, Bankiers und Mörder verwendet wurde. In früheren Zeiten kam der Name eines Arbeiters nur aus dreierlei Ursachen in die Zeitung: wenn er vors Polizeigericht geschleppt wurde, wenn die Geheimpolizei ihn wegen „umstürzlerischer“ Umtriebe verhaftete oder erschöpfte, wie Wang Hsiang Ho von der Schanghaier Elektrizitätsgesellschaft, oder wenn er sich verkaufte und ein „Arbeiterführer“ der Kuomintang zu Schauwerk wurde.

#### Die Erträge der Arbeit den Schaffenden

Es dunkelt bereits, als wir tief beeindruckt von dem Erlebten Henningsdorf verlassen. Wie haben wir hier bei unserem Besuch die Kraft des neuen, schaffenden Deutschlands verspürt. Wie haben wir gesehen, was alles aus den Erträgen unserer Arbeit geleistet werden kann. Während früher Flick und seine Direktoren den Mehrwert der unermüdlichen Arbeit der schaffenden Menschen in Saus und Braus verprassen konnten, dienen heute die Arbeit und ihre Früchte der Hebung der Volkskultur, der Schaffung eines besseren und sorgenfreien Lebens für alle Werktätigen.

#### „Alte Not gilt es zu zwingen“

Das Stahl-Walz-Werk Henningsdorf ist nur ein Betrieb unter den vielen volkseigenen Betrieben der neuen Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Doch so wie wie in Henningsdorf gearbeitet wird, so haben wir auf unserer Fahrt durch die Länder des gegenwärtigen Hoheitsbereiches der Deutschen Demokratischen Republik gesehen, arbeiten auch die vielen anderen volkseigenen Betriebe, die heute unter der Verwaltung des Volkes und der Werktätigen stehen.

Noch haben unsere Brüder und Schwestern schwer um ihre, und damit auch zugleich um unsere Zukunft zu kämpfen. Viele Schwierigkeiten stehen noch im Wege. Die Reaktion gibt sich noch nicht geschlagen. Mit Hetze und Verleumdungen, mit Drohungen und Sabotage versucht sie das Aufbauwerk zu stören. Doch mehr denn je besetzt die Werktätigen heute in der Deutschen Demokratischen Republik der Wille zum Sieg. Und wir nahmen ein Stück dieses Kampfeswillen mit nach dem Westen. Wir fühlten die große Verantwortung, die auf unseren Schultern liegt, im Kampfe um den Frieden nicht zu erlahmen. Aber wir hatten auch bei unserem Abschied den bedeutsamen Inhalt der Deutschen Nationalhymne verstanden, den wir so oft von den Lippen lachender junger Menschen hörten:

... und es wird uns doch gelingen, daß die Sonne schön wie nie, über Deutschland scheint!

Friedel Jancek

## Sie schleppen Körbe mit Erde

Das Zweistrom-Land zwischen Euphrat und Tigris / Von R. Stupak

mit Erde beladene Schaufel heben kann. Bagdads enge gewundene Hauptstraße ist die „Scharia-el-Raschid“. Von früh bis spät drängen sich darauf Wasserträger, Milchverkäufer und Kupfergeschirrhändler zwischen den hupenden Autos und Lastwagen.

Die Männer tragen europäische Anzüge und schwarze Kappen, die Frauen sind von Kopf bis Fuß tief schwarz verhüllt. Dazwischen beduinen in dekorativen Umhängen aus Kamelhaarwolle und dem kunstvoll geschlungenen Turban, schlanke muskulöse Bergbewohner in weiten Pumphosen und armelosen Kitteln, Syrier, Inder, Iraner... Sie eilen auf den Markt, der noch ganz orientalisches anmutet. In langen Reihen stehen, handelnd und ihre Waren laut ausschreiend die Verkäufer von Teppichen, Geschirren, Stoffen, die Schneider und Kupferschmiede. Der betäubende Duft von Moschus und Kardamon, von arabischem Kaffee und Tabak aus Isfahan mischt sich mit den Gerüchen von Hammelfleisch und Sesamol. Dicht daneben befinden sich die Bankgebäude und die Cafés voller Käufer und Börsenmakler, Kommissionäre und müßiger Stadtbewohner, die nach orientalischer Sitte im Café den größten Teil ihres Lebens verbringen.

Der Tigris teilt die Stadt in das eigentliche Bagdad und die Vorstadt Karch. Die Brücke, die beide verbindet, ist 1948 historisch geworden. Dort fand die „große Schlacht“ statt, in der demonstrierende Arbeiter, Handwerker und Studenten die Polizeiketten durchbrachen und durch ihr Erscheinen vor dem Regierungsgebäude den Regenten Emir Abdullah zwangen, ein in Portsmouth getroffenes Abkommen mit den Engländern zu annullieren, das Irak dem englischen Wirtschaftseinfluß preisgeben sollte.

Drei Stunden Bahnfahrt von Bagdad entfernt liegt Euphrat die Stadt Hilleh. Von dort ist es nicht weit zu den Trümmern von Babylon. Einige Hügel erheben sich noch an der Stelle, wo vor 2500 Jahren v. Chr. die menschenreiche Stadt mit Märkten, Pa-

lästen und Kunststätten stand. Früher rauschten hier Wälder von Tamarisken, Pappeln und Plantanen. Mit Erlaubnis der ottomanischen Regierung begannen jedoch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts englische Handelsgesellschaften, die herrlichen Stämme als Schiffholz und Brennholz zu fällen. Not und Elend waren die Folge. Schwere Sandstürme verwüsteten das in eine Steppe verwandelte Land. In einem einzigen solchen Wirbelsturm kamen einmal allein in den Vorstädten Bagdads 200 Menschen um, wie die dortigen Zeitungen berichteten. Die Zahl der getöteten Dorfbewohner und Beduinen ist unbekannt. Mit der Vernichtung der Wälder ging das Sterben der Tiere Hand in Hand.

Babylon: das sind verdödete Straßen voller Wüstensand, die sich irgendwo in den Sanddünen verlieren, Ruinen von Häusern und Säulengängen und Erdhügel, die bei den Ausgrabungen aufgeschüttet wurden.

Englische, französische und deutsche Archäologen holten aus Babylon und den übrigen alten Städten Iraks alles nur irgend Wertvolle und Transportable heraus, Statuen, bemalte Kacheln, Reliefs, Steinflecken mit Keilschriften, ganze Paläste und Tempel, gar nicht zu reden von den kostbaren Bronzen, den Silber- und Goldgeräten, wurden ins Ausland verschleppt. Erst vor kurzer Zeit richtete man in Bagdad ein kleines Museum ein, das einige der in Irak verbliebenen Gegenstände minderen Wertes immerhin ausstellen darf.

Zurück blieben nur die schweigenden Straßen, der „heilige Weg“ mit seinen breiten Steinfliesen und dem riesigen Standbild des Einhornes vor dem Tor der Göttin Ishtar und der steinerne babylonische Löwe, der wuchtig über einem am Boden liegenden Menschen steht. Zurück blieben weiter die Armut eines entrechteten und immer weiter ausgebeuteten Volkes, das aber mit orientalischer Geduld und verbissenem wortlosem Trotz auf den Tag der Befreiung wartet.

Aus dem Russischen: Liselotte Remané

gen seinen Namen in die Zeitungen gebracht in Fettdruck, der früher nur für Berichte über Politiker, Bankiers und Mörder verwendet wurde. In früheren Zeiten kam der Name eines Arbeiters nur aus dreierlei Ursachen in die Zeitung: wenn er vors Polizeigericht geschleppt wurde, wenn die Geheimpolizei ihn wegen „umstürzlerischer“ Umtriebe verhaftete oder erschöpfte, wie Wang Hsiang Ho von der Schanghaier Elektrizitätsgesellschaft, oder wenn er sich verkaufte und ein „Arbeiterführer“ der Kuomintang zu Schauwerk wurde.

Auf ganze Bezirke umfassenden Gewerkschaftsversammlungen gibt Tschen den Rat, in den Lohnforderungen gegenüber privaten Industrien langsam vorzugehen. Er macht seinen Arbeitskameraden klar, daß keine kapitalistische Macht China ohne Schwierigkeit das verkaufen wird, was es zum grundlegenden Aufbau benötigt. Daraus folgert er, man solle den eingeborenen industriellen Spielraum gewähren.

#### Etwas Ellbogenfreiheit

Zwar legt er die Worte nicht auf die Goldwaage und spricht es aus, daß auch sie „Ausbeuter der Arbeiterklasse“ seien, doch seien sie ebenfalls notwendige Verbündete und Teilnehmer bei der heutigen grundlegenden Aufgabe. Jetzt, wo der Staat die riesigen alten Monopol-Unternehmen der Kuomintang besitzt und Arbeiter und Bauern den Staat verwalten können, meinte Tschen, die Geschäftsleute weit weniger über die Politik bestimmen, noch den Forderungen der Gewerkschaften Widerstand leisten oder über die Arbeiterschaft herrschen.

Fragt man Tschen, ob er wirklich glaube, daß seine Klasse jetzt die Oberhand hat, dann antwortet er geduldig mit der Aufzählung von Tatsachen:

Was für Studenten können Verwaltungs- und technische Schule bei staatlicher Bezahlung aller Auslagen und Erhaltung ihrer Familien in der Zwischenzeit besuchen? Von ihrer Gewerkschaft geschickte Arbeiter, von denen bereits 4000 in der Manchchurei zu Ingenieuren und Beamten ausgebildet worden sind.

Welche Gebiete werden bei der Errichtung neuer Schulen bevorzugt? Arbeitergegenden und Bauerndörfer.

Zu wessen Vorteil dient das jetzt auf Produkte gegründete Lohnsystem, das mit eiserner Sicherheit gegen Währungschwankungen geschützt ist? Gewiß nicht zu dem der Unternehmer und Geldspekulanten.

#### Keine Angst mehr vor Arbeitslosigkeit

Vor Arbeitslosigkeit hat Tschen jetzt keine Angst mehr. Es gibt noch welche, gewiß aber seine Gewerkschaft hat sich verpflichtet dem Auftrieb von Produktion und Wiederaufbau ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen, so daß es in fünf Jahren in ganz China keine Arbeitslosigkeit mehr geben wird.

Wenn das ursprüngliche, ackerbaureibende Volk Chinas die Tore aus der Vergangenheit aufgestoßen hat, so kann doch nur der Arbeiter, es auf dem modernen Wege in das neue Leben führen.

#### Ultraschallgerät auf der Leipziger Messe

Leipzig. Neben anderen modernen Verfahren der Hochfrequenztechnik wird die Technische Messe Leipzig 1950 (5. bis 12. März) auch die praktischen Anwendungsmöglichkeiten der Ultraschalltechnik vorführen. Bekanntlich sagt man dieser Technik nutzbringenden Einsatz, z. B. in der Medizin und der Nahrungsmittelchemie, voraus.

Das Konstanzer Künstlerfaß läuft über

Konstanz. Theaterkrisen gehören zum Bild des heutigen westdeutschen Kunstlebens wie die Noten zur Oper. Dank des „künstlerischen“ Einflusses und Imports der MarshaPlanprodukte aus Hollywood und anderen „Kunst“fabriken macht ein Theater nach dem anderen in Westdeutschland Pleite. Nimmehr ist es in Konstanz auch so weit. Das Deutsche Theater unter Leitung seines Pächters Heinz Hilpert löst sich in seine Bestandteile auf. Den Schanden tragen die Künstler und nicht zuletzt die opferbereite Bevölkerung. 10.000 DM Sozialabgaben hat Herr Hilpert noch zu zahlen, 40.000 DM Defizit ist das Ergebnis der letzten Monate, 75.000 DM Darlehen an den Filmtheaterbesitzer K. noch nicht zurückgezahlt usw. usw.

Zwar wurden die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder des technischen Personals voll entlohnt, aber das weitaus zahlreichere künstlerische Personal arbeitet seit langem auf „Teilung“. Hoffentlich nicht auch auf Teilung der Schulden.

Nun soll eine Ueberbrückungshilfe der Stadt über das Schlimmste hinweghelfen und ein Vergleichsverfahren mit den Gläubigern die hochgehenden Wellen der Boden-seemetropole beruhigen. Herr Hilpert wird in Bälde trotz seines ursprünglichen Vertrags, der bis 1952 läuft, den Staub der Stadt von den Schulden schütteln und wird ein in der Auflösung begriffenes Theater zurücklassen. Es heißt, er will zukünftig Göttingen beglücken. MarshaPlan und seine westdeutschen Anbeter, die den Sinn für Kunst längst verloren haben und den Tinnest „made in USA“ vorziehen, werden dafür sorgen, daß auch Göttingen keine wahre Freude an Hilperths Gastrolle erleben wird.

Es sei denn, Heinz Hilpert und seine Freunde begriffen noch rechtzeitig, daß Theaterspielen in einem freien, unabhängigen Deutschland, für ein freies, aufwärtsstrebendes Volk dem Rummel unter den Sklavenshaltern aus dem Westen vorzuziehen ist. (s. r.)

Die Antwort der Textil-Unternehmer

Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen auf der ganzen Linie / Neue Verhandlung am 24. Jan. Textilarbeiter — Kampfschlossenheit tut not!

Lörrach. Als neuen Termin für Verhandlungen über den Manteltarif nannten die Textil-Industriellen Südbadens in einem Schreiben ihres Verbandes an die Industrie-gewerkschaft Textil und Bekleidung den 24. Januar. Wie noch erinnerlich, wurden die Verhandlungen am Ende des vergangenen Jahres ergebnislos abgebrochen, da die Unternehmer sich hartnäckig weigerten, die gewerkschaftlichen Mindestforderungen anzuerkennen. Darauf wurden in allen Textilbetrie-ben Südbadens große Protestversammlungen der Belegschaften durchgeführt, die ein ein-deutiges Bild der Geschlossenheit und Einig-keit der Textilarbeiter darlegten.

Als Antwort auf diese Willenskundgebun-gen der Arbeiter muß nun das Schreiben der Textilindustriellen betrachtet werden. Auf den ersten Blick könnte es erscheinen, als ob sie unter dem Druck der Versammlungen nachgegeben hätten, indem sie neue Ver-handlungen ansetzen. Zweifellos dürfte die Bereitschaft zu den Verhandlungen am 24. Januar auch auf die Proteste der Belegschaften zurückzuführen sein. Aber auf die Texti-larbeiter selbst wird es entscheidend an-kommen, ob dieser neue Termin nur zur er-neuten Verzögerung einer Entscheidung dient. Der ganze Inhalt des Briefes läßt dar-auf schließen, daß es der Plan der Unter-nehmer ist, nur einen neuen Termin anzusetzen, um die Arbeiter hinzuhalten und für ihre Empörung ein Ventil zu schaffen, es aber nicht zu wirklichen Verhandlungen kommen zu lassen. Diese Vermutung stützt sich vor allen Dingen darauf, daß der Brief außer dem neuen Termin von vorn bis hinten eine Ab-lehnung der gewerkschaftlichen Vorschläge bedeutet.

Da erklären die Unternehmer z. B., daß die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des bis-herigen Manteltarifs, wonach die reguläre Arbeitszeit 48 Stunden pro Woche beträgt für erforderlich halten. In ähnlichem Sinne wäre ihrer Meinung nach auch dieses Prinzip für die Arbeitszeit der Jugendlichen und weib-

lichen Arbeitskräfte anzuwenden. (Das heißt, auch sie sollen keine neue Regelung erhal-ten).

Die Wechselschicht wird als eine für die meisten Betriebe „typische“ Arbeitseinteilung bezeichnet, die „erst die Durchführung einer wirtschaftlichen Produktion garanti-ert“. Einer Schichtzulage für die Wechsel-schicht könne „in allgemeiner Form“ nicht zu-gestimmt werden. (Das heißt, überhaupt nicht!) Für eintretende Kurzarbeit forderten die Gewerkschaften eine Ankündigungsfrist von 14 Tagen. Diese Frist wird von den Un-ternehmern als übersetzt bezeichnet. Die Re-gelung der Zuschläge für Mehrarbeit, Nacht-arbeit und Feiertagsarbeit bedarf ihrer An-sicht nach keiner Veränderung, und der Kreis derjenigen Arbeitnehmer, die nach dem Ge-werkschaftsentwurf auf Antrag von Mehr- und Schichtarbeit befreit werden können, ist den Herren zu groß. Sie scheuen in diesem Zusammenhang nicht davor zurück, den Ar-beitern, die auf ihre Rechte pochen, zu dro-hen, indem sie andeuten, daß der überwie-gende Teil der hierunter fallenden Arbeits-kräfte (von Mehrarbeit befreit) „in Zukunft Schwierigkeiten haben würde, in der Texti-lindustrie Beschäftigung zu finden“.

Aber es geht noch weiter mit der Ableh-nung: Lohnfortzahlung für drei Tage im Krankheitsfall wird abgelehnt, der Gewäh-rung eines freien bezahlten Hausarbeits-tages für weibliche Arbeitskräfte könne nicht zu-gestimmt werden, wegen der künftigen Ur-lausregelung soll eine „gesetzliche“ Grund-lage abgewartet werden (wenn diese kommt, weiß niemand), und der Vorschlag, allen Be-triebangehörigen, die 15 Jahre und länger im Betrieb arbeiten, für unkündbar zu er-klären, halten die Industriellen nicht für an-nehmbar.

Von Anfang bis Ende bedeutet der Brief der Unternehmer eine Ablehnung der ge-werkschaftlichen Forderungen. Diese Ableh-nung zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Stellungnahme. Die Unternehmer

haben zu verstehen gegeben, daß sie auf ih-rem Standpunkt nach wie vor verharren, den Forderungen allen möglichen Widerstand ent-gegenzusetzen. Dazu ist noch zu bemerken, daß die gewerkschaftlichen Forderungen ja Mindest-Forderungen sind, die den Un-ternehmern keineswegs untragbare Lasten aufbürden! Die Unternehmer können, wenn sie wollen!

Wir brauchen uns bloß einmal den Profit der Textilunternehmer vor Augen zu halten, den sie aus den Arbeitern herauszuschlagen. Das statistische Landesamt hat einige Zahlen dazu veröffentlicht, die wir nicht vergessen wollen:

Der Umsatz von nur 136 Textilbetrieben mit mehr als 10 Arbeitern betrug allein im September 1949 die bescheidene Summe von 34,3 Millionen DM! Die Löhne und Gehäl-ter, die in diesem Monat bezahlt wurden, be-laufen sich auf 5,9 Millionen DM. Dann wurden für Rohstoffe, Energie usw. die Summe von rund 15,5 Millionen DM ausge-gelassen. Der Bruttoproduktionswert betrug im September 1949 auf 35.762.000 DM. Bleibt der runde Rest von immerhin 10 Millionen DM an Mehrwert für die Unternehmer.

Die Forderungen der Arbeiter, die die Pro-fite der Unternehmer durch ihre Hände Ar-beit schaffen, sind gewiß nicht unbillig. Aber die Unternehmer setzen alles daran, diesen Forderungen nicht nachzugeben. Der Brief beweist erneut, daß sie bereit sind, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Nur wenn die gesamte Textilarbeiterschaft ge-schlossen hinter ihren Gewerkschaften steht, wie sie es beispielhaft bereits getan hat bei den Verhandlungen am Ende des vergange-nen Jahres, werden die Pläne der Unterneh-mer zum Scheitern verurteilt sein. Die feste Entschlossenheit der Textilarbeiter hinter ihre Gewerkschaft ist das Unterpfand ihres Erfolges.

Abgabe zur Bekämpfung der Reblausverseuchung

Freiburg. Mit rückwirkender Kraft vom 1. November 1949 sind nunmehr alle Er-zeuger und Einführer von Weinbauerzeug-nissen, also in erster Linie die Rebbaupen, verpflichtet, eine Abgabe von 3 Prozent des Verkaufs- bzw. Einkaufspreises zur Be-kämpfung der Reblausverseuchung in Ba-den an den Staat abzuführen. Nach Mit-teilung des Badischen Landwirtschaftsmini-steriums wurde im vergangenen Jahr ein diesbezügliches Gesetz im Landtag beschlos-sen, das nunmehr in Kraft tritt. Die Ein-zelheiten über die Erhebung der Abgabe werden noch bekanntgegeben.

Aus sowjetischer Gefangenschaft heim-gekehrt

Triberg. Dieser Tage ist Hermann Seiler, Gerwigstraße 20, nach 5 1/2-jähriger sowjeti-scher Gefangenschaft heimgekehrt. Der Heim-kehrer bereitet seine Familie und Angehörigen die schönste Neujahrsfreude.

Streich die Reichsschuld der Siedlungsgesellschaft

Neues vom Blumberger Mieterstreik / 500 Unterschriften gegen die hohen Mieten

Blumberg. Nachdem sich nun auch an-dere Zeitungen und sogar der Rundfunk des Blumberger Problems bemächtigt ha-ben, dürfte es gut sein, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Blumberger Mieter zu jeder Zeit bereit sind, mit den zuständigen Stellen in Verhandlung zu treten, um eine gerechte Lösung zu finden! Es liegt also ab-solut nicht an den Mietern, wenn sich der Streik in die Länge zieht!

Die Gewerkschaften haben nun bei der Bezirksparkasse Donaueschingen, Zweig-stelle Blumberg ein Sperrkonto, für die Siedlungsmieten eröffnet und in einem Rundschreiben die Mieter aufgefordert, dort ihre Mieten einzuzahlen! Die Mieter sind entschlossen, ihre Mieten solange dort ein-zuzahlen, bis man ihnen die Möglichkeit zu-einer Verhandlung bietet und eine Lösung findet, welche annehmbar ist. Eine Unter-schriftenliste ergab, daß sich über 500 Mie-ter in die Liste eintrugen, welche die Miet-preissenkung verlangen! Dazu ist aller-dings zu bemerken, daß viele Mieter nicht angetroffen werden konnten, welche nach-träglich noch besucht werden.

Selbstverständlich gibt es auch noch eine bekannte Menschenart, wir kennen sie, die das Wasser nach zwei Seiten trägt, um auf beiden Seiten ein wenig zu scharf-zuzeln! Wir können dies nachher aus der Unterschriftenliste ersehen, weil sie näm-lich dort fehlen! Und das Sperrkonto wird weiteren Aufschluß geben! Diesen geben wir den Rat, wenn es soweit ist, daß die Mieten gesenkt werden, daß sie dann den Unterschiedsbetrag für ein Jahr lang an eine Wohlfahrtsleistung bezahlen, denn wahrscheinlich sind es diejenigen, denen der Futterkorb noch nicht zu hoch hängt! Diese Minderzahl aber kann den Willen der Mehrzahl nicht beeinträchtigen.

Die Forderung auf eine Senkung der Mie-ten wird schon seit Jahren gestellt, doch bisher ohne Erfolg. Man hat sich jahrelang hinhalten lassen, nun ist aber die Geduld erschöpft, die Forderung, der notleidenden Mieter ist nun in ein kritisches Stadium eingetreten! Ihre Forderungen verpuffen nicht mehr ungehört! Man hat den Fall Blumberg auch über die Zonengrenze hin-weg gehört und man wird ihn dort so be-lieh verschweigt!

Aus dem Parteilieben

KP Rastatt verlor einen treuen Genossen

Rastatt. Am 3. Januar 1950 ist ein alter, treuer Genosse der Ortsgruppe Ra-statt der KPD von uns gegangen. Genosse Heinrich Hochreiter

ist nicht mehr. Ein Herzschlag setzte sei-nem Leben im Alter von 55 Jahren ein Ende. 25 Jahre hat er der Kommunisti-schen Partei die Treue gehalten. Immer, wenn die Partei alle Genossen brauchte, war unser Genosse Hochreiter dabei. Nach an der Stalinfeier der Partei an Silvester 49 hatte er persönlichen Anteil. Für die Orts-gruppe Rastatt bedeutet sein Tod eine große Lücke. Doch dann, wenn jeder Genosse sich sein Leben zum Vorbild macht, wird es nicht mehr lange dauern und das Ziel, wo-für er sein ganzes Leben kämpfte, wird er-reicht sein. Wir werden ihn nicht vergessen. Ortsgruppe Rastatt der KPD

Kreis Lörrach. Am Samstag, dem 14. 1. 14.30 Uhr findet auf dem Kreissekretariat, Feldbergstraße 7 in Lörrach, unsere peri-odische Kreisarbeiterskonferenz statt.

Tagesordnung: Aufgabe und Ar-beit unserer Funktionäre und Partei-arbeiter.

Kreisarbeiterkonferenz in Neustadt. Kreis Neustadt. Am Sonntag, 15. Januar 1950, findet im „Gasthaus zur Blume“ in Neustadt die monatliche Kreisarbeiterkonferenz statt. Gen. Hans Kaufmann von der Landesleitung spricht über die Bedeutung der Beschlüsse der 14. Tagung des Partei-vorstandes in Frankfurt. Alle Ortsgruppen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Beginn: 9 Uhr, Nebenzimmer.

Villingen. Am Samstag, dem 14. Januar, 20 Uhr, findet im Gasthaus zum „Kron-prinzen“ (Nebenzimmer) unsere Stalin- und L.L.L.-Feier statt. Es spricht die Genossin, Landtagsabgeordnete Käthe Seifried. Unsere Genossen mit Angehörigen sowie Freunde und Sympathisierende sind herzlich eingeladen.

St. Georgen. Am Sonntag, dem 15. 1. vormittags 9 Uhr, findet im „Deutschen Haus“ unsere Januar-Kreis-konferenz statt. Wir erwarten, daß von allen Orts-gruppen und Stützpunkten des Kreises De-legierte erscheinen. Die Genossen der Orts-gruppe St. Georgen sind zur Teilnahme herzlich eingeladen.

Bekanntnis zur Politik der Partei

Rheinfelden. Am 7. Januar 1950 fand in Rheinfelden eine Beratung der Funktionäre des Landkreises Säckingen statt. Die Ge-nossen begrüßten einmütig die Politik des Referats des Parteivorstandes Max Reimann, über die ideologische und politische Festigung der Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und die Verstärk-ung der Arbeit im Sinne der Resolution des Parteivorstandes vom 28. 12. 49.

Lörracher Metallarbeiter fordern Lohnerhöhung

Kampf um höheren Lohn ist der richtige Weg / Gleichbleibender Tarifvertrag seit 1948 bei enormer Preissteigerung

Lörrach. Die Vertreter der Metallarbei-ter des Landkreises Lörrach tagten am Montag in einer Betriebsrätekonferenz, in deren Mittelpunkt Beratungen über Maß-nahmen, die zur Erhöhung höherer Löhne für die Metallarbeiter zu ergreifen sind, standen.

Der im September 1948 abgeschlossene Tarif für die Metallindustrie hat selbter keine Berichtigung erfahren, obwohl die Angleichung der Preise an die Löhne, wie sie im März 1949 von den Gewerkschaften gefordert wurde, ausgeblieben ist. Damit die Lebenshaltungskosten haben sich selbter noch gesteigert, während die Löhne auf demselben Stand geblieben sind. Interessante Ausführungen machte in diesem Zusam-menhang der auf der Konferenz anwesende Vorsitzende der Metallarbeiter des Bezirks Württemberg-Baden, Kollege Löwi, Stutt-gart. Er gab eine Übersicht über den Stand der Lohnverhandlungen in Württem-berg-Baden. In diesem Tarifgebiet liegen die Durchschnitts-Facharbeiterlöhne bei 1,80 D-Mark. Dies zeigt, wie weit die Löhne der Metallarbeiter in Südbaden hinter der Ent-wicklung zurückgeblieben sind.

Die anwesenden Betriebsräte brachten ihre einmütige Entschlossenheit zum Aus-druck, bei den kommenden Kämpfen um die Erhöhung und Angleichung der Löhne an die gestiegenen Preise, die notwendig sind, die ganze Kraft der organisierten Ar-beiterschaft in die Waagschale zu werfen. Die Metallarbeiterlöhne standen ehemals immer an der Spitze aller Industrien. Die-ser Stand muß wieder erreicht werden!

Ebenfalls war die Konferenz ein Beweis des festen Willens der Arbeiter, in der zu erwartenden gesetzlichen Regelung der Ur-lausbedingungen ihre ganze Kraft zur Si-cherung und zum Ausbau des Erreichten einzusetzen. Auf keinen Fall darf die Ur-lausregelung, die die Gewerkschaften er-kämpft haben, durch ein Bundesgesetz wie-der verschlechtert werden!

Die Konferenz behandelte außerdem ver-schiedene betriebliche Fragen des Akkord-wesens und die Schwierigkeiten bei der Anwendung einzelner Bestimmungen des Manteltarifs. In allen Fragen brachte die Konferenz zum Ausdruck, in der kommen-den schwierigen Entwicklung noch entschie-dener von dem Mitbestimmungsrecht in den Betrieben zur Sicherung der materiellen Lebenslage und der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in der Metallindustrie Ge-brauch zu machen.

Außerordentlich erfreulich an dieser Kon-ferenz der Betriebsräte ist, daß man nun-mehr von der Forderung auf Preissenkung übergegangen ist zur Forderung auf Loh-nerhöhung. Dies bedeutet einen wesentli-chen Schritt weiter in der Entwicklung des Kampfes um die Verbesserung der Lebens-haltung der Arbeiter.

Die Gewerkschaften haben mit der For-derung auf Preissenkung bereits ihre Er-fahrungen gemacht. Alle Kollegen werden sich wohl noch erinnern an die seinerzeit durch die Gewerkschaften im ganzen Land durchgeführten Protestkundgebungen gegen die hohen Preise. Der Erfolg dieser Aktion war gleich Null. Die Preise können nur geregelt werden durch eine Maßnahme der Regierung, und dazu bedarf es bei dem der-zeitigen Charakter unserer Landesregierung langwieriger und hartnäckiger Kämpfe.

Bei der Forderung nach Lohnerhöhung dagegen ist diese Zwischenstufe ausgeschal-tet. Eine Preissenkung muß genau so mit ganzer Kraft erkämpft werden wie eine Lohnerhöhung. Aber eine Preissenkung kann praktisch nur erzwungen werden, wenn alle Arbeiter des ganzen Landes ein-heitlich in Aktion treten. Die Forderung nach Lohnerhöhung dagegen kann in jeder Industrie, ja, in jedem Betrieb durchge-setzt werden, je nachdem, wie stark das Bewußtsein und das Solidaritätsgefühl ent-wickelt ist.

Die Lörracher Metallarbeiter sind auf dem richtigen Weg. Sie dürfen sich davon unter keinen Umständen abdrängen lassen, son-dern müssen sich mit aller Kraft dafür ein-setzen, daß ihre Ansicht sich durchsetzt. Wenn sie diesen geplanten Weg des Kamp-fes um höheren Lohn entschieden und ent-schlossen gehen, werden sie Erfolge er-zielen und ihr Ziel erreichen: die Verbesse-rung der Lebensbedingungen der Metall-arbeiter. Allen anderen Kollegen kann man nur empfehlen, es den Lörrachern gleich zu tun.

Offenburger Erwerbslose erkämpft euer Recht

Erwerbslosen-Versammlung am Donnerstag Warum haben sich die Gewerkschaften noch immer nicht gemeldet?

Offenburg. Am Donnerstag, den 12. Januar 1950, morgens 10.45 Uhr, nach dem Stempeln, findet in Offenburg, im Jugendheim, Alte Pfalz, II. Stock, im großen Saal, eine erste allgemeine Versammlung der Erwerbs-losen für Offenburg statt. Die Stempelparte gilt als Eintrittsausweis.

Wie uns der einberufende provisorische Erwerbslosen-Ausschuß dazu mitteilt, soll diese erste Versammlung der Auftakt zur Schaffung einer Vertretung der Erwerbslo-sen auch in Offenburg sein.

Wir wollen es in diesem Zusammenhang nicht versäumen, auf die Erfolge hinzuwei-sen, die die Freiburger Erwerbslosen be-reits durch den von ihnen gewählten Er-werbslosen-Ausschuß erzielt haben. Der Freiburger Erwerbslosen-Ausschuß, der auf das engste mit den Gewerkschaften zu-sammenarbeitet und unter deren Patronat steht, wurde kurz vor Weihnachten gebil-det und konnte es erreichen, daß noch vor dem heiligen Abend an jeden Erwerbslosen der volle Unterstützung bezog, von der Stadt 10 DM als Sonderunterstützung für die Feste ausgezahlt wurden. Unmittelbar nach den Feiertagen erreichte es der Ausschuß daß auch die Erwerbslosen des Landkreises nicht benachteiligt wurden. Der Landrat will über die Kreisversammlung die einzelnen Gemeinden ersuchen, auch dort den glei-chen Betrag auszahlend.

Das Freiburger Beispiel zeigt den Offen-burger Erwerbslosen, wie wichtig die Schaf-fung einer Vertretung ihrer Interessen ist. Wer von den Offenburger Arbeitslosen hätte nicht auch gern vor Weihnachten 10 DM zusätzlich erhalten?

Aber von entscheidender Bedeutung für den Erfolg oder Nichterfolg des Ausschusses ist es, daß er in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an die Arbeit geht. Schon in unserem ersten Artikel über die Erwerbslosen in Offenburg wiesen wir auf die Notwendigkeit hin, daß die Gewerkschaften unbedingt sich hier einschalten müssen, um eine Aufspaltung der Arbeiterschaft in Beschäftigungslose und Arbeitende zu ver-hindern. Bis heute hat die Gewerkschaft darauf noch keine öffentliche Antwort ge-gben. Die Offenburger Erwerbslosen aber können nicht warten! Wir fordern daher heute die Gewerkschaften in aller Öffent-

Lest und abonniert „Unser Tag“

lichkeit auf, sich an den Arbeiten zur Schaffung des Erwerbslosen-Ausschusses zu beteiligen und die Offenburger Erwerbslo-sen in ihrem Kampf zu unterstützen. Wir halten es unbedingt für erforderlich, daß die Gewerkschaften Träger des Erwerbslo-sen-Ausschusses werden.

Gleichzeitig aber fordern wir auch die Erwerbslosen auf, alles zu tun, daß die Verbind-ung mit den Gewerkschaften hergestellt wird. Diese Verbindung ist unerlässlich, denn nur in der Einheit der Arbeiter, in der Einigkeit von denen, die heute noch arbeiten, aber morgen schon auf der Straße liegen können, und denen, die heute schon arbeitslos sind liegt eine Garantie für den Erfolg beider Teile.

UMSCHAU IM LANDE

Dreimal mehr Betrugsfälle

Ueberlingen. Der Jahresbericht der Gen-darmrie des Kreises Ueberlingen verzeich-net im vergangenen Jahr insgesamt 4990 strafbare Handlungen. Während die Zahl der Diebstähle von 730 im Vorjahr auf 554 zu-rückgegangen ist, wurden Betrug und Untreue 145mal angezeigt, gegenüber 59 Fällen im Jahr 1948. 1948 gab es keinen gemeldeten Raubüberfall, 1949 deren neun! Ebenso ist die Zahl der Brandstiftungen von 2 im Jahr 1948 auf 13 im vergangenen Jahr angestiegen.

Ueber 6000 Museumsbesucher

Konstanz. Im vergangenen Jahr wurde das Rosgartenmuseum von insgesamt 6413 Perso-nen besucht. Den Hauptteil der Besucher stellten die Feriengäste. Der August wies 1956 Besucher auf, was 65 Gäste pro Tag ergibt. Diese Zahlen liegen wesentlich höher als vor dem Kriege.

Straßensperrung in Stockach

Wegen Verlegung der Wasserleitung in der Dillstraße hat das Landratsamt hier mit Verfügung vom 30. Dezember 1949 vom 3. Januar ab die Dillstraße in ihrer ganzen Länge für die Dauer der Benutzung, für den gesamten Durchgangsverkehr gesperrt. Die Sperrung ist durch Aufstellung der amtlichen Verkehrszeichen ersichtlich ge-macht. Die Umleitung erfolgt über die Neue- Haupt- und Winterspürerstraße und umgekehrt.

Mütterberatung in Villingen

Villingen. Die nächsten Mütterberatungs-Termine, die das Staatliche Gesundheitsamt Villingen im Kreisgebiet für alle Mütter mit Säuglingen und Kleinkindern kostenlos

zur Durchführung bringt, finden folgender-maßen statt: Am 10. Januar in den Rats-häusern in Oberschach um 14 Uhr sowie in Weilersbach um 15 Uhr; am 11. Januar im Städt. Kindergarten in St. Georgen um 15 Uhr sowie in der Kinderschule in Bad Dürrenheim um 15 Uhr; außerdem am 12. Jan-uar im Sanitätlokal des Roten Kreuzes unter dem Rietort in Villingen um 14 Uhr. Die Beratung erstreckt sich hauptsächlich auf Pflege, Ernährung und Erziehung der Kinder. Auch das Rachitis-Schutzmittel wird in Zukunft kostenfrei verabreicht. Die Mütter mit Säuglingen und Kleinkindern werden aufgefordert, von dieser Gelegen-heit regen Gebrauch zu machen.

172.388 DM im Württemberg-Badischen Toto Stuttgart. Der Württemberg-Badische Sport-to zahl für den Wettbewerb am vergange-nen Wochenende an einen Gewinner in Kirchzarten bei Freiburg i. Br. 172.388 DM. Diese Summe ist nach den rund 200.000 Mark, die Fortuna einem Heidelberger Maler bescherte, die zweithöchste deutsche Toto-quote.

Mit einem Ständchen erfreut

Triberg. Unter Leitung von Chorleiter Kentscher brachte der Gesangverein „Triberg 1859“ seinem nach jahrelanger russischer Ge-fangenschaft heimgekehrten Sangesbruder Robert Hug, Hauptstraße (Metzgerei Hug) ein bestens gelungenes Ständchen dar.

Die Stabhalterei Freiamt tagte

Triberg. Am vergangenen Freitag, den 6. Januar, versammelten sich im Hotel „Martin“ die Stabhalterei zu einer Besprechung über die Gestaltung des Fastnachtsprogramms Da

die Narrengesellschaft auf eine 70jährige Tradition zurückblicken kann, wurde deshalb auch für dieses Jahr nichts unversucht gelas-sen, um ein Fastnachtsprogramm zu gestalten, das den bestehenden Zeitverhältnissen ge-recht sein wird.

Todesfall

Triberg. Es verschied im Alter von 52 1/2 Jahren Frau Aloisia Meisterhans geb. Agster, Schulstraße 14.

Wir hören heute

Mittwoch, 11. Januar  
Deutschlandsender  
6.10 Für Westdeutschland; 7.00 Nachrich-ten; 13.00 Nachrichten; 15.00 Kinderfunk; 15.20 Für Arbeitslose; 17.10 Für den Lehrer in Deutschland; 17.25 Das Neueste von der Demontage; 18.40 Die Wahrheit über Ame-rika; 19.03 Nachrichten; 21.00 Für West-deutschland; 21.35 Landfunk für West-deutschland; 21.45 Schach im Funk; 22.00 Nachrichten.

Radio Leipzig  
7.00 Nachrichten; 12.00 Nachrichten; 12.15 Landfunk; 18.40 Die Wahrheit über Ame-rika; 19.30 Nachrichten; 20.00 „Der Speku-lant“, Komödie von Honoré de Balzac; 21.05 Zauber der Musik; 22.00 Nachrichten, für Westdeutschland; 22.45 Nachtkonzert.  
Südwestfunk  
11.30 Kleines Konzert; 12.20 Mittagskon-zert; 13.15 Musik nach Tisch; 15.30 Musikali-sche Teesunde; 17.15 Solistenkonzert; 20.00 Scheinwerfer auf! Die klingende Film-schau des SWF; 21.00 „Das Prisma“; 22.30 Klaviermusik.

# Religion im Rahmen sowjetischer Kulturpolitik

Bericht des Professors der Theologie Fascher vor westdeutschen Studenten

Professor Fascher, Professor für evangelische Theologie an der Universität Halle, der als Landesvorsitzender der CDU in Sachsen-Anhalt keineswegs auf dem Boden des Marxismus steht, hielt kürzlich vor den Studenten der Universität München vor Einladung der „Gesellschaft zum Studium der Kultur des Ostens“ im Schloßsaal einen außerordentlich bemerkenswerten Vortrag über die Stellung der Religion im Rahmen der sowjetrussischen Kulturpolitik.

Bei ihrer Ankunft wurde die Kulturdelegation überaus herzlich von Professoren der Moskauer Akademie der Wissenschaften empfangen. Junge Dozenten und Studenten der Hochschule Moskaus dienten den Delegationsmitgliedern als Führer und Dolmetscher. Von vornherein muß gesagt werden, daß in der Sowjetunion Staat und Kirche getrennt sind; durch das Dekret vom 23. 1. 1918 kann sich jeder Bürger zu jeder beliebigen Religion bekennen oder auch keiner Religionsgemeinschaft angeschlossen. Die freie Ausübung religiöser Kulturhandlungen ist gewährleistet. Die Religionsgemeinschaften sind nicht juristische Personen, sondern private Gemeinschaften. Kirche und Schule sind ebenfalls getrennt, jedoch steht es jedem frei, im privaten Kreise am Religionsunterricht teilzunehmen.

Das Eigentum der Kirche wurde 1917 Staatsbesitz, die Kirchen aber stets auf Antrag der Gemeinden den Gläubigen zur unentgeltlichen Benutzung überlassen. Dieses Gesetz wurde im Laufe der Zeit noch mehrfach geändert, so z. B. durch das Dekret vom 8. 4. 1929 und die Verfassung von 1936. Die Kirchen rückten mehr in den Vordergrund und schließlich wurden den einzelnen Religionsgemeinschaften besondere Grundrechte zugestanden. Die UdSSR erwartet als rationaler Staat von den Kirchen Toleranz als Ausdruck einer neuen Zeit. So war auch das Verhalten der Religionsgemeinschaften im Krieg gegen Hitler, dem großen vaterländischen Kriege, wie er in der Sowjetunion bezeichnet wird, mitentscheidend dafür, daß der Staat mehr und mehr eine positive Haltung zu ihnen einnahm.

In der UdSSR befinden sich drei Priesterakademien und zwölf Priesterseminare, in denen junge Geistliche herangebildet werden. Sicher hat jener deutsche Wissenschaftler an der Universität Greifswald, ein Marxist, recht, wenn er sagt, daß das Christentum an der marxistischen Fragestellung gesunden kann. Wenn in den Zeiten der Oktoberrevolution in der UdSSR Geistliche inhaftiert wurden, so darf nie vergessen werden, daß jene damalige Geistlichkeit zaristisch-feudalistisch eingestellt war und dem Sowjetstaat feindlich gegenüberstand. Nicht zuletzt war es dem Wühlen dieser Geistlichkeit zuzuschreiben, wenn das kapitalistisch orientierte Ausland intervenierte und seine Expeditionen russischen Boden verwüsteten und russische Menschen mordeten. Die fortschrittliche Geistlichkeit, die sich von diesen Elementen distanzierte, bekannte sich ohne Vorbehalt als Teil des sowjetrussischen Staates. Neben den Anhängern der christlichen Religion stehen noch die der islamitischen und buddhistischen Religion und andere religiöse Sekten. Alle diese Religionsgemeinschaften sind anerkannt und ihnen stehen bestimmte gesellschaftliche Rechte zu. In Zeitschriften und in Büchern, von denen eins mit dem russischen Literaturpreis ausgezeichnet wurde, sprechen sie von Gott.

Eindrucksvoll war für die Angehörigen der deutschen Kulturdelegation, als sie in der Patriarchen-Kathedrale in Moskau unter 4000 anderen Religionsanhängern nach orthodoxem Ritus ihr Meßopfer feierten. Eindrucksvoll für sie waren auch jene Stunden in der Kirche der Moskauer Baptistengemeinde, als der Prediger vor einfachen unkomplizierten Menschen von Christus sprach.

Die UdSSR tritt bewußt für die Pflege alten kirchlichen Religionsgutes ein. Für sie ist die Kirchengeschichte ein Stück ihrer vaterländischen Geschichte, ein Teil der russischen Kultur überhaupt. Die ältere Kirchengeschichte ist für Sowjetrußland ein Teil russischer Geschichte. Wertvolle alte Gemälde, biblische Stoffe darstellend, werden in den Museen gezeigt, und dienen in den Kunstakademien als Anschaubilder den jungen Künstlern; Archäologen graben vergangene Kultstätten aus den Anfängen christlicher Zeit aus; hinter meterdicken Stahl- und Betonwänden in wohltemperierten Räumen werden von Kultursachverständigen alte christliche Handschriften aufbewahrt und behütet. Dies alles war aus dem Munde des Professors für evangelische Theologie an der Universität Halle, von Professor Fascher zu hören.

Professor Fascher schloß seinen Vortrag mit den Worten, die ihm auf dem Flugplatz von Moskau, als er schon die Rolltreppe betreten hatte, die russische Dolmetscherin, eine junge Dozentin der Universität, zurief, daß trotz entgegengesetzter Weltanschauung man sich auf der Grundlage der Menschlichkeit treffen könne. Dürften diese Worte nicht auch für manche engstirnigen Politiker des westdeutschen Separatstaates prägnant sein? Zeno



Aufnahme aus einem Moskauer Park im Herbst 1949. Nadeshda S. mit ihren Zwillingen hat sich von dem schönen Wetter ins Freie locken lassen. Ihre Schwester, die kurz vor dem Abschluß des Studiums steht, leistet ihr Gesellschaft. Beide Frauen haben Mühe zum Plaudern und zum Lesen. Ein Bild friedlichen Lebens in einem friedlichen Lande.

## Luxusvillen und Betonkästen

Architektur im Amerika-Haus

Auch die Baukunst spiegelt den Zustand einer Gesellschaft. Im Amerika-Haus in Berlin findet man zur Zeit eine Foto-Ausstellung amerikanischer Architektur. Man hat imposante Aufnahmen zusammengestellt, um, wie man sagt, einen Einblick in das Bauwesen der USA in den letzten Jahrzehnten zu geben. Bilder von Mietkasernen und Massenquartieren hat man bei dieser Auswahl „fortschrittlicher Baukunst“ schamhaft zu Hause gelassen, weil dies laut Begleit-Katalog, „den Wert der Ergebnisse beeinträchtigt hätte.“

So dürfen denn die deutschen Bewohner der zerbombten Städte den überdimensionalen Luxus eines Landes bewundern, dessen herrschende Schicht es sich nach zwei Kriegen, die ein riesiges Geschäft waren, wohl sein lassen kann. Viele Anregungen finden sich zweifellos: eine großzügige, lichte, auf dem höchsten Stand der Technik fußende Bauweise mit übersonnten Terrassen, treppenlosen Estraden, Ganzglaswänden und exotischen Dachgärten. Manches ist kitschig, so die eingebauten Wasserfälle, romantische Backsteinkamine und künstliche Pfahlbauten. Bei den spärlichen Massensiedlungen dagegen, die spärlich gezeit werden, herrschen Baracken, dürftige Holzhäuser und monotone Steinquader vor.

Noch eins ist charakteristisch: von der einstmals markanten nationalen Eigenart der amerikanischen Architektur scheint nichts übrig geblieben zu sein. Diese endlosen Wolkenkratzer und weißen Betonkästen könnten genau so gut in Melbourne oder Rio de Janeiro stehen. Sie sind der Triumpf kalter, toter Materie über die Kultur. Bleibt zum Schluß das eine Fazit: dem wirklichen Amerika ist es verwehrt, sich in der modernen Architektur auszudrücken.



Die Weinbauern

Der bekannte sowjetische Bildhauer L. Dubinowskij vollendet eine Arbeit an einer Holzgruppe, die er betitelt: „Die Weinbauern — die Sieger auf den Kolchosenfeldern“. Foto: Illus-SNB.

## Was die Frau besonders interessiert

**Besserer Lebensstandard — mehr Geburten**  
In Budapest steigt die Zahl der Geburten ständig. Im August 1949 überstieg die Ziffer die des gleichen Monats im vergangenen Jahr um 35 Prozent. Besonders in der Arbeitervierteln ist die Steigerung der Geburten festzustellen. Sie ist zurückzuführen auf den verbesserten Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung.

**Eine königliche Kommission stellt fest . . .**  
„In England werden zu wenig Kinder geboren. Großbritannien wird in den nächsten 30 Jahren eine ernsthafte Verringerung der Bevölkerung zu erwarten haben; denn nur wohlhabende Familien können es sich leisten, Kinder zu haben“, stellte eine königliche Kommission vor einiger Zeit fest. Diese Sorge wäre man los, wenn man Löhne und Preise in ein erträgliches Verhältnis setzte.

**„Balsam“ für ihre Möbel**  
Heißes Wasser, Leinöl und Terpentin reinigt ihre Möbel, wenn Sie auf 1 Liter Wasser 3 Eßlöffel Leinöl und 1 Eßlöffel Terpentin nehmen und kräftig mischen. Ist die Mischung abgekühlt, so drückt man einen weichen Lappen in der Lösung aus und reibt damit eine kleine Fläche des Möbelstückes ab. Die gesäuberte Stelle ist dann sofort mit einem anderen, ebenfalls weichen Lappen abzutrocknen. Dies wiederholt man, bis das ganze Stück gereinigt ist und poliert dann die gesamte Oberfläche kräftig nach.

## Blick über Europa

Kann man Europa mit einem einzigen Blick überschauen? Das ist keine Scherzfrage. Es ist auch nicht ein Blick auf die Landkarte oder auf den Globus gemeint. Wir haben heute schon die technischen Mittel, um fast den ganzen wirklichen Erdteil Europa auf eine einzige Fotoplatte zu bannen. Es gibt bekanntlich Forschungsraketen, die mit automatischen Fotogeräten ausgerüstet sind, 130 km hoch über die Erde hinaufgeschickt werden und aus dieser Höhe Aufnahmen machen. Würde man eine solche Raketenkamera 130 km hoch über Europa in die Luft schicken, so hätte ihr Linsenauge eine Sichtweite von mehr als 1300 km. Das bedeutet aber, daß man aus dieser Höhe etwa zwei Drittel von Europa überblicken könnte.

## Jimmy dari nicht allein

Fau Donovan aus London vermählte nach dem Abwasch ihren dreikarätigen Diamantring. Vor der Röntgenleuchte wurde es klar, daß ihr vierjähriger Sohn Jimmy das Wertstück erspäht und vernahmte hatte. Jimmy wurde sofort auf Rhizinusdiät gesetzt. Bislang konnte ihm aber der Stein nicht entlockt werden. — Für Jimmy wird es allmählich ungemütlich, denn er darf keinen Schritt ohne Einwilligung seiner Eltern unternehmen. Nicht einmal mehr dorthin, wo sonst jeder allein hinzugehen pflegt.

## Arbeiter-Literatur aus Schweden

Wir wissen in Deutschland leider bisher so gut wie nichts von der schwedischen Arbeiterliteratur, von den Dichtern und Schriftstellern des werktätigen schwedischen Volkes. Die zwölf Jahre der vom Dritten Reich erzwungenen Isolierung haben uns von allem, was fortschrittlich in der Welt war, ferngehalten. Jetzt aber werden von der Deutschen Demokratischen Republik die Brücken zu allen Freunden und Brüdern im Kampf um Frieden und Fortschritt in allen Ländern neu geschlagen und die fortschrittlichen Schöpfungen von

Literatur und Kunst, Wissenschaft und Forschung aus aller Welt unserem Volk nahegebracht werden. Dabei dürfen die Arbeiterdichter Schwedens, unter denen es bereits einige gibt, die vieles mit der Kunst des großen dänischen Arbeiterdichters und Freund des deutschen Volkes, Martin Andersen Nexø, gemeinsam haben, nicht fehlen. In Kürze werden im Dietz-Verlag einige Werke schwedischer Autoren in deutscher Sprache erscheinen, Werke, die das Leben und den Kampf der schwedischen Werktätigen und Bauern schildern.

## Man sollte es wirklich mal versuchen

Aus dem Roman „Die weiße Landzunge“ von Ture Erikson

An den Sonntagabenden versammelte sich gewöhnlich ein kleiner Kreis von Steinarbeitern, Fischern und den einen oder anderen Kleinbauern in Onkel Steens Dachkammer. Während der Rauch aus sauren Tabakpfeifen zur Decke aufstieg, wurden seltene Geschichten erzählt oder die grauen Bekümmernisse des Tages erörtert. Ake schämte sich zwar, den Lauscher zu spielen, konnte es aber doch nicht lassen, die Bodentreppe hinaufzuschleichen und den Gesprächen zu folgen.

Eine Sonderstellung in Onkel Steens Bekanntkreis bildete der „Flößer“. Das war ein kräftiger, kupferroter und etwas o-beiniger Mann, der lange Zeit auf dem Festland gewesen war und die seltsamsten Beschäftigungen ausgeübt hatte. Daß er auf Flößen die wildesten Ströme Nordlands befahren und bei fünfunddreißig Grad Kälte in Block- und Erdhütten gehaust hatte, war so recht etwas für Inselbewohner, die noch nie etwas anderes zu sehen bekommen hatten, als ausgetrocknete Bäche. Der Flößer ließ sich nie lange nötigen, und so wohl alltags wie sonntags trug er einen spitzen, eingebufften Schlapphut, um darzutun, daß er nicht der erste beste war.

Onkel Sten legte großen Wert auf seine Freundschaft, aber in ihren Gesprächen wurden sie oft uneins. „Na, hast du noch kein Leben in eure Sozialdemokraten gebracht?“ fragte Onkel Onkel Sten eines Morgens, als der „Flößer“ zu ihm kam, um sich ein Stück Werkzeug auszuborgen.

„Zum Herbst planen wir wieder Versammlungen. Wenn du dich bloß wieder entschließen könntest, zu uns zu kommen.“

dann würde bald etwas Schuß in die Politik hier in diesem weltverlorenen Winkel kommen.“

„Ich werde nie ein Reformist werden!“ Onkel Sten spuckte das Wort aus, als ob ihm etwas Eckelhaftes über die Zunge gekrochen wäre, und der „Flößer“ wurde ärgerlich.

„Daß Syndikaldisten immer so dickschädelig sein müssen! Es traf sich gut, daß du von Breðvika fortzogst. Jetzt sind die Arbeiter in alle kommunalen Ämter und Verwaltungen eingedrungen; aber euer Verdienst ist das wahrlich nicht.“

Onkel Sten runzelte die Stirn, aber seine Stimme war ruhig und beherrscht.

„Du hast schon recht, nämlich, daß wir auf Grund unserer Einstellung zum Parlamentarismus überall an Boden verloren. Daß die Arbeiter über radikal eingestellte Gewerkschaften verfügen, reicht nicht aus.“

„Da siehst du es! Den einzig sicheren Weg zeigt uns die Sozialdemokratie!“ „Eben daran zweifle ich. Was wir brauchen, ist eine revolutionäre Partei, die sich aber nicht nur an die Industriearbeiter wendet, sondern sich auch auf die Fischer und die armen Kleinbauern stützt. Von den Tagelöhnern und dem Gutsbesinde gar nicht erst zu reden.“

„Verdammt nochmal! Du bist Kommunist geworden, seit du im Steinbruch aufgehört hast!“

Onkel Sten lachte trocken. „Ich weiß wirklich nicht, ob die Kommunisten dieselben Ansichten haben wie ich — aber das werde ich noch festzustellen suchen. Du hast ja drüber auf dem Fest-

## Die Entwicklung der sowjetischen Filmkunst

Die Geschichte des sowjetischen Films ist eng mit der Sowjetunion, mit der Geschichte des Kampfes um den Sozialismus, mit der Entwicklung der sowjetischen Kultur verbunden. Mit dem ganzen Sowjetvolk haben die sowjetischen Filmschaffenden durch ihre künstlerische Tätigkeit am Aufbau des Sozialismus teilgenommen. Die sowjetische Filmkunst war bestrebt, dem Volk im Kampf um die neue gesellschaftliche Ordnung zu helfen. Der Kampf um die neue Kunst, um die Kunst des sozialistischen Realismus, hat sich hohe Ziele gesteckt. Wenn man die Frage der Periodisierung der sowjetischen Filmkunst untersucht, so kann man vier grundlegende Abschnitte, die mit denen der Entwicklung des Sowjetstaates zusammenhängen feststellen.

Der Spielfilm hat nicht den operativen Charakter, wie der Dokumentarfilm, der alle Möglichkeiten hat, unmittelbar die Ereignisse des Lebens festzuhalten. Für die Spielfilme haben nicht einzelne Daten oder Geschehnisse, sondern ganze Zeitschnitte in der Entwicklung des Sowjetstaates und der sowjetischen Gesellschaft Bedeutung. Die ersten Jahre nach der großen sozialistischen Oktoberrevolution bis zum Ende der zwanziger Jahre bilden die erste Periode, die mit der ersten Phase der Entwicklung des Sowjetstaates zusammenfällt.

Stalin schrieb dazu: „Die erste Phase ist die Periode von der Oktoberrevolution bis zur Liquidierung der Ausbeuterklassen. Die Grundfrage dieses Zeitabschnittes bestand in der Beseitigung des Widerstandes der gestürzten Klassen, in der Organisierung der Verteidigung des Landes gegen einen Angriff der Interventionen, im Aufbau der Industrie und der Landwirtschaft, in der Vorbereitung von Bedingungen zur Liquidierung kapitalistischer Elemente.“

Der Klassenkampf des Proletariats für die sozialistische Gesellschaft drückte der Kunst, also auch der Filmkunst jener Jahre seinen Stempel auf. Dieser Kampf war auch ein Kampf der neuen sozialistischen Kunst gegen formalistische Strömungen. Wie in der Politik und in der Wirtschaft entstand auch in der Kunst die Frage: Wer bleibt Sieger? Wird die bürgerliche Kunst siegen, oder wird die Kunst des sozialistischen Proletariats, die dem Volke so nahe steht, Sieger werden.

In den Jahren des Bürgerkrieges, als alles auf den Kampf gegen die Intervention und die Weißgardisten ausgerichtet war, nahm der Film an der Mobilisation des Volkes durch schlagkräftige, geistreiche Kurzfilme und durch Dokumentarfilme teil, die unmittelbar stattgefundenen Ereignisse widerspiegeln. In diesen Jahren der ersten Periode tritt naturgemäß die Chronik und Publizistik in den Vordergrund der sowjetischen Filmkunst.

Für die nächste Periode der sowjetischen Filmkunst ist die zweite Phase der Entwicklung des Sowjetstaates ausschlaggebend. „Die zweite Phase“ — schrieb Stalin — „ist der Zeitabschnitt von der Liquidierung kapitalistischer Elemente der Stadt und des Landes bis zum endgültigen Sieg des sozialistischen Systems.“ Die Filme dieser zweiten Periode spiegeln das Leben des Volkes wider, sie sind Themen der sozialistischen Arbeit gewidmet. In ihnen werden die Probleme des Einflusses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) auf die breiten Volksmassen ausgearbeitet. Während in der ersten Periode die Revolution als ein elementares Aufbäumen des Volkes gegen die jahrhundertlange Knechtschaft, Ausbeutung und Sklaverei wiedergegeben wurde, so wird jetzt im Film die organisatorische ideologische lenkende Kraft des Bolschewisten, die große Rolle der Führer der Revolution, Lenins und Stalins gezeigt. (Tschapajew: „Wir aus Kronstadt“, „Der große Patriot“, Lenin im Oktober, „Lenin 1918“, „Der Mann mit dem Gewehr“). Der sozialistische Realismus wird in der zweiten Periode zur Grundlage der sowjetischen Filmkunst.

Die Jahre des Krieges bilden die dritte Periode in der Geschichte der sowjetischen Filmkunst. In den Filmen wird die patriotische Bewegung der Sowjetunion geschildert, die sozialistischen Eigenschaften des sowjetischen Patriotismus, die geistigen Kräfte des Sowjetvolkes gezeigt.

Die vierte Periode in der Entwicklung der sowjetischen Filmkunst sind die Nachkriegsjahre. Die Filme schildern den angespannten Kampf des Sowjetvolkes für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft, für die Weiterentwicklung auf dem Wege zum Kommunismus.

Die Geschichte der sowjetischen Filmkunst muß vor allen Dingen als die der Entstehung und Entwicklung der Methode sozialistischen Realismus ausgelegt werden. Daher muß man die erste Erscheinungsform des sozialistischen Realismus im Film aufmerksam verfolgen.

Zu diesen ersten Werken kann man den Film „Panzerkreuzer Potemkin“ zählen. In den alten Filmen waren noch verschiedene Fehler vorhanden. Seine reife Form erlangte der sozialistische Realismus erst in den dreißiger Jahren, in der zweiten Periode der sowjetischen Filmkunst, die wiederum der zweiten Entwicklungsphase des Sowjetstaates entsprach, in der die sozialistische Gesellschaftsform den endgültigen Sieg davon getragen hatte.

Durch die Anwendung der Methode des sozialistischen Realismus haben die sowjetischen Filmschaffenden mit ihren Filmen wahre Kunstwerke geschaffen, die in aller Welt Erlöse erringen. SVZ

## Daher!

Lehrer: „Warum nennt man unsere Sprache Muttersprache?“

Schüler: „Weil Vater nie zu Worte kommt!“

# Treue zur Partei!

### Wir wollen das Vermächtnis erfüllen / Die ideologische Klärung ist unsere Aufgabe!

Freiburg. Dieser Grundsatz war für unsere allzu früh verstorbenen Genossen Alfred Müller höchstes Gut. Hierbei meinte er nicht irgend eine Partei, sondern die Partei marxistisch-leninistischer Prägung. Die Arbeit für diese Partei bestimmte sein ganzes Tun und Lassen. Und nur so konnte er das Vertrauen weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus gewinnen. Sein Name bleibt für die Entwicklung der Parteiorganisation in Freiburg unauslöschlich!

Als er im Jahre 1933 durch Hitlers Machtantritt in die Illegalität gedrängt wurde, Verfolgungen und dem brutalsten Terror der Gestapo ausgesetzt war, übernahm er die illegale Leitung der Partei in Freiburg. Mit Geduld, Zähigkeit und großen Opfern wurden die Verbindungen neu aufgenommen, Verbindungen zur Jugend geschaffen und ein gutes Verhältnis zu den illegalen Freunden der SPD eingeleitet.

ist Mitglied der Partei und wer ist berechtigt, im Namen der Partei zu sprechen? Um diese Fragen ging es in den politischen Auseinandersetzungen, in welchen der Genosse Müller eine entscheidende Rolle spielte. Mit der Klärung dieser Fragen wurden die ersten Schritte im Aufbau der Organisation getan.

Heute haben die Fragen der Mitgliedschaft zur Kommunistischen Partei an Bedeutung nichts verloren. Im Gegenteil! Im Hinblick auf organisierte Agententätigkeit zur Zersetzung der Reihen der Kommunistischen Partei ist es Pflicht eines jeden Genossen und jeder Genossin, zwischen Freund und Feind unterscheiden zu können. Das um so mehr, weil mit den raffiniertesten Argumenten

hausiert wird. Selbst Schwankungen, die scheinbar noch so klein sind bieten Feinden unserer Partei die Möglichkeit, ihre zersetzende Tätigkeit auszuüben.

Holen wir deshalb das auf, was wir durch den Tod des Genossen Müller verloren haben. In unserer letzten Vorstandssitzung in Freiburg wurde beschlossen, noch in diesem Monat zwei außerordentliche Mitgliederversammlungen zur ideologischen und organisatorischen Festigung unserer Partei durchzuführen. Sorgen wir für einen guten Besuch und beteiligen wir uns restlos an diesen Versammlungen, um die Partei zu schaffen, für die unser Genosse Müller auch sein Letztes gab.

## Gewerkschaftsvertreter und Erwerbslosenausschuß bei Wohleb

Am Samstag vormittag sprachen beim Staatspräsidenten Wohleb eine Abordnung der Freiburger Erwerbslosen vor. In einer längeren Aussprache wurden dem Staatspräsidenten die Sorgen und Wünsche der unter der Arbeitslosigkeit leidenden Arbeiter vorgetragen. In erster Linie betonten die Sprecher der Abordnung die Notwendigkeit, durch Bereitstellung von Staatsmitteln für Arbeitsbeschaffung zu sorgen. Es müsse als untragbar bezeichnet werden, wenn Angehörige der Bauberufe und der Nebenberufe wegen angeblichem Arbeitsmangel Unterstützung in Anspruch nehmen müßten und auf der anderen Seite die unbedingt notwendigen Wiederaufbauarbeiten unerledigt blieben. Vom Staatspräsidenten wurde die Berechtigung des Vorgebrachten anerkannt und zugesagt, daß alles im Bereich des Möglichen liegende getan werden würde, um die finanziellen Voraussetzungen für eine baldige Einschaltung der Erwerbslosen in die Entwürfungs- und Wiederaufbauarbeiten zu gewährleisten, nicht nur in Freiburg, sondern überall in Südbaden, wo es notwendig sei.

Weiter hob die Delegation auf die unzureichende Unterstützung der weiblichen Erwerbslosen mit Kindern ab und auch auf die Notwendigkeit, allen Erwerbslosen durch kostenlose Versorgung mit Kartoffeln und Brennmaterialien unter die Arme zu greifen.

Besonders hervorgehoben wurde auch die trostlose Lage der älteren Angestellten, die nirgendwo mehr Arbeitsmöglichkeiten finden. Es müßten Mittel und Wege gefunden werden, um diese irgendwo in Lohn und Arbeit zu bringen. Im Verlauf der Besprechung kam auch zur Sprache, daß in manchen Fällen von auswärts kommende Bewerber Arbeit und Zuzugsgenehmigung bekämen, und die Einheimischen weiter arbeitslos blieben. Auch würden bei Vergabe von Arbeiten nichtbädische Firmen in weitgehendem Maße berücksichtigt, die dann ihre Fachkräfte mitbrächten, während die hiesigen Arbeitskräfte stempeln gehen müßten.

Zum Schluß der Aussprache versprach der Staatspräsident, alles in seiner Macht Stehende tun zu wollen, um den Wünschen der Erwerbslosen gerecht zu werden und vor allem für Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu sorgen.

### Frühjahrsmarkt 1950

Lörrach. Der diesjährige Frühjahrsmarkt findet am 15. und 16. Februar 1950 statt. Soweit die Lörracher Geschäftswelt an der Aufstellung von Ständen, bzw. an der Platzgestaltung interessiert ist, ist die Anmeldung bis spätestens 15. Januar 1950 auf dem Stadtbauamt — Zimmer 2, notwendig.

## Weihnachtsfeier der Triberger Sportler

Triberg. Ein überfülltes Haus hatte am letzten Samstagabend die Triberger Turn- und Handball-Abteilung zu seiner traditions-gemäßen Weihnachtsfeier im Stadt-Kurtheater. Nach Einleitung der Feier enthüllte zunächst der Vorhang der Bühne ein Gesamt-bild der Triberger Turnerschaft. Ein sinnreich vorgetragener Prolog eines Turnermädels leitete über zur Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden, Betriebsleiter Alfred Stark, in der er alle in der großen Turnfamilie auf das herzlichste willkommen hieß. Seine Ausführungen galten der Bedeutung und dem Sinn des Turnens und wurden mit starkem Beifall aufgenommen. In ehrenden Worten gedachte er auch der fallenen Vereinskameraden. Dann erfolgte die Abwicklung des umfangreichen Programms. Zuerst zeigten die jugendturner mit Körperschule eine gute Leistung, Pferd-turnen, Ballgymnastik, Sprünge am Federbrett, Medizinalgymnastik und Marsch-tanz der Turnerrinnen als Abschluß des ersten Programms. In der Pause wurde der Verkauf der Lose des überreichlich gestalteten Gabentisches erledigt. Der 2. Pro-

grammteil wurde mit Bodenrollen der Jugendturner eröffnet, die eine gute Schule bewiesen. Mit dem Barrenturnen wurden gute Leistungen demonstriert. Die Sprungseil- und Medizinballgymnastik der Handballspieler, welche erstmals in das Programm aufgenommen und gezeigt wurde, ist an Schwierigkeit und Kräfteverbrauch nicht zu unterschätzen. Besonders erwähnt zu werden verdient der Altersturner Wilhelm Kling, der gerade am Tage der Feier 65 Jahre alt wurde und an sämtlichen Geräten, Pferd, Barren und Reck in vorbildlicher, exakter, sportlicher Haltung alle Übungen glänzend erledigte, wofür er stürmischen Beifall ernten durfte. Den Höhepunkt bildete zweifellos „Gesichten aus dem Wiener Wald“, Walzertanz der Turnerrinnen. Minutenlang Beifall rauschte durch den Saal und gab nicht nach, bis der Vorhang sich wieder öffnete und der Tanz wiederholt wurde. Das Programm fand mit dem Reckturnen der Turner einen schönen Abschluß, wofür die Turner insbesondere Turnwart Emil Dilger mit starkem Beifall für ihre vorzüglichen Leistungen belohnt wurden.

### Siedler fragen an

Rheinfelden. Bekanntlich werden uns von der Baugenossenschaft der Siedler, überhöhte Pachtpreise für Gartenland abgenommen. Wie wir erfahren, hat die Stadtverwaltung sich darum bemüht, diesen zu hohen Pachtpreis auf ein normales Maß herabzubringen. Es sind jedoch Wochen vergangen und wir Siedler haben in der Sache nichts mehr gehört. Wir sind nicht gewillt, diese Angelegenheit im Sande verlaufen zu lassen und bitten die Stadtverwaltung erneut, sich gegen die ungerechte Forderung einzusetzen.

### Lichtbildervortrag

Rheinfelden. Eine Fahrt durch die Hegau- und Bodenseelandschaft. Unter diesem Titel veranstaltet der Touristenverein die „Naturfreunde Rheinfelden“ am Donnerstag, 12. Januar 1950, abends 20 Uhr, im „Ober-rheinischen Hof“ einen Farblichtbildervortrag von Herrn Braun, Singen.

### Öffentliche Stadtratssitzung

Rheinfelden. Am Donnerstag, 12. Januar 1950, nachmittags 14 Uhr, findet in Rheinfelden wieder eine öffentliche Stadtratssitzung statt. In Betracht der sehr wichtigen Tagesordnung bitten wir die Wähler zu dieser Sitzung recht zahlreich zu erscheinen.

Warum Emil-Frey-Straße ohne Licht

Rheinfelden. Während des Abends die Straßen in der Stadt gut beleuchtet sind, liegt die Emil-Frey-Straße in tiefem Dunkel. Wurde die Beleuchtung dort vergessen. Die Anwohner der Emil-Frey-Straße bitten die Stadtverwaltung, auch ihre Straße beleuchten zu wollen.

### Am Samstag großer Jahrmarkt!

Triberg. Auch diesmal ist die Nachfrage nach Marktständen für den Triberger Markt so groß, daß schon jetzt alle Marktstände vergeben sind. Es müßten sogar teilweise infolge der starken Nachfrage Absagen erteilt werden. Da der starke Verkehr auf der Triberger Hauptstraße es nicht mehr zuläßt, daß Marktstände beiderseits der Hauptstraße aufgestellt werden, wurde daher eine teilweise Verlegung des Marktes in die angrenzende Schulstraße beschlossen.

Ein erneuter Schlag der Gestapo gegen die illegalen Kämpfer für den Frieden zwangen unseren Genossen Müller im Jahre 1936 in die Emigration zu flüchten. Aber trotz Emigration und Internierung im Lager verlor er die Verbindung mit der Heimat nicht. Die vielseitige Arbeit des Kampfes für den Frieden und gegen das Hitlersystem wurde von ihm fortgesetzt. Darüber hinaus versäumte er keine Stunde, um sein marxistisch-leninistisches Wissen noch mehr zu bereichern. Die Beschlüsse des VII. Weltkongresses und die Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz der deutschen Kommunistischen Partei wurden für ihn Richtschnur für sein tägliches Handeln.

Nach dem Zusammenbruch des Hitler-systems im Jahre 1945 war der Genosse Müller wieder sofort zur Stelle und übernahm abermals die Leitung der Kommunistischen Partei in Freiburg. Wiederum ging es darum die Partei neu zu formieren und aus der Illegalität herauszuführen. Es ist nicht uninteressant, gerade heute auf die damalige Entwicklung unserer Parteiorganisation in Freiburg zu verweisen. Damals wurde nicht selten versucht die Partei der sogenannten „Antifaschistischen Arbeitsgemeinschaft“ unterzuordnen. Wodurch die Partei zum Nachtrapp der „Arbeitsgemeinschaft“, die zum Teil äußerst wenig mit Antifaschismus zu tun hatte geworden wäre. Was eine völlige Verkennung der Rolle der Partei bedeutete. Wer

# Sport und Spiel

### Jedermann zum Schaulandslauf

Die Skizunft Feldberg führt dieses Jahr wieder ein Abfahrtsrennen durch, an dem jedermann teilnehmen kann. Es gilt folgende Klasseneinteilung: Herren: Jugend I (bis 15 J.); Jugend II (15-18 J.); Jungmänner (18 bis 20 J.); Allgemeine Klasse (20-32 J.); Männer I (32-40 J.); Männer II (40-50 J.); Männer III (über 50 J.); Rennklasse I (über 32 J.); Rennklasse II (unter 32 J.); Damen: Rennklasse: Jugend I (bis 18 J.); Jugend II (16-20 J.); Allgemeine Klasse I (20-32 J.); Allgemeine Klasse II (über 32 J.).

Die Strecke: Hotel Burghof (Haus an der Sonne) 1196 m — Gieshübel 1058 m — Kältes Wasser — Eduardshöhe (Kreuz) 880 m — freie Abfahrt bis Ziel (Talkessel hinter der Schaulands-Talstation). Streckenlänge: 4500 Meter, Höhenunterschied 700 Meter. Die Strecke kann frei gewählt werden, das Kontrollor an der Einfahrt des Kaltes Wassers muß durchfahren werden. Die kürzeste Strecke ist mit roten Fähnchen markiert. Beginn des Rennens: Sonntag, 22. Januar 1950. Startnummern werden am 22. Januar, ab 8 Uhr bei der Talstation ausgegeben. Jeder Teilnehmer erhält zwei Bergfahrten der Schwebebahn zum Vorzugspreis. Nennungs-schluß: 14. Januar 1950, 12 Uhr. Meldungen in den Freiburger Sportgeschäften und bei der Skizunft. Nenn.geld: 50 Pf.

### Westdeutsche Oberliga

Horst Emscher	15	10	3	2	35:15	23
Bor. Dortmund	15	10	2	3	44:21	22
Erkenschwick	15	7	6	2	21:17	20
Preuß. Dellbrück	15	7	4	4	28:19	18
Rotw. Essen	15	7	2	6	37:28	16
04 Schalke	15	7	1	7	34:30	15
Duisburger SV	15	5	5	5	30:32	15
1. FC Köln	15	6	2	7	29:27	14
07 Hamburg	15	4	6	5	22:25	14
RW Oberhausen	15	4	6	5	16:25	14
Armin. Bielefeld	16	4	5	7	22:35	13
Preuß. Münster	15	4	5	6	21:22	13
Alem. Aachen	15	2	9	4	21:34	13
Rhen. Würselen	14	4	4	6	21:24	12
80 Vohwinkel	15	2	6	7	24:30	10
08 Duisburg	15	3	2	10	18:33	8

### Norddeutsche Oberliga

Hamburger SV	14	9	3	2	34:16	21
FC St. Pauli	14	9	2	3	29:16	20
Eintr. Braunschweig	14	8	3	3	28:20	19
Tsd. Eimsbüttel	13	8	1	4	19:8	17
VfL Osnabrück	14	8	0	6	31:26	16
Conc. Hamburg	13	6	3	4	28:29	15
Werder Bremen	14	6	3	5	36:22	15
93 Bremerhaven	15	7	1	7	29:35	15
VfB Oldenburg	15	6	2	7	24:30	14
96 Hannover	13	5	3	5	25:27	13
Arm. Hannover	12	5	2	5	15:14	12
Holstein Kiel	12	5	1	6	23:19	11
05 Göttingen	14	4	2	8	20:27	10
VfB Lübeck	13	3	2	8	15:32	8
Bremer SV	13	2	2	9	19:35	6
Harburger Tsd.	15	2	2	11	19:38	6

### Weltmeister Harris nicht zu schlagen

Beim Sprinterkampf in Hannover siegte der Weltmeister Reginald Harris in allen Läufen mit 10 Punkten vor Voggenreiter und dem ehemaligen Weltmeister, dem Belgier Scherrens.

### Sepp Weiler sprang 86 Meter

Mit zwei glänzend durchgestandenen Sprüngen von je 86 Metern und der Note 224 belegte der deutsche Spitzenspringer Sepp Weiler (Oberstdorf) den 1. Platz bei dem vor rund 50 000 Zuschauern auf der neu errichteten Naturschanze in Immenstadt (Allgäu) ausgetragenen Eröffnungsspringen. Zweiter wurde Heini Klopfer (Oberstdorf) mit Sprüngen von 79 und 78 Metern. Den weitesten Sprung des Tages stand der Deutsche Meister Toni Brutscher (Oberstdorf) mit 87 Metern. Die von Heini Klopfer erbaute Schanze hat damit die Erwartungen voll erfüllt.

### Neue Leichtathletik-Weltrekorde

Von der IAAS wurden 13 neue Leichtathletik-Weltrekorde anerkannt. Männer: Hammer: Nemeth, Ungarn, 59,61 m; Diskus:

## Triberger Sieg beim Mannschaftsringen

Tribergs Ringer besiegen Aichhalden 6:2. Triberg traf sich nach 11jähriger Unterbrechung zum ersten Male wieder mit Aichhalden auf der Matte und konnte sich einen beachtlichen 6:2-Sieg erkämpfen. Im Fliegengewicht hatte Haas Joseph Uebergewicht und mußte Weber Karl, Triberg, den Sieg überlassen. Ein ausgetragener Freundschaftskampf dieser beiden endete für Haas, Aichhalden. Im Bantamgewicht ging Wehrle Joseph, Triberg, als einer der ältesten Ringer auf der Matte gegen Herrmann Franz, Aichhalden, nach 5 Minuten durch Eindringen der Brücke als Sieger hervor. Krebs Joseph, Triberg, besiegte im Federgewicht Ginter Max, Aichhalden, durch Hüftschwung am Boden. Zu weiterem Erfolg verhalf Bezirksmeister Heß-Triberg im Leichtgewicht, der aber in Munz Rudolf, Aichhalden, einen zähen Gegner hatte, so daß es zu einem spannenden Kampfe kam.

Der talentierte Heß konnte nach 10 Minuten Kampf durch Armzug am Boden seinen Gegner schultern. Zum ersten Male wieder nach seiner Verletzung erschien Schmieder Fritz, Triberg, im Weltgewicht mit Tessari Albert, Aichhalden, auf der Matte. In der 8. Minute legte er seinen Gegner Tessari durch Kopfgriff auf die Schultern. Im Mittelgewicht standen sich in Maier, Triberg, und Roth Franz, Aichhalden, zwei gleichwertige Gegner gegenüber. Aus diesem Kampf ging Roth, Aichhalden, nach 15 Minuten als knapper Punktsieger hervor. Im Halbschwergewicht mußte sich überraschend Schuldis, Triberg, gegen Roth Johannes, Aichhalden, in der 3. Minute durch Hüftschwung geschlagen geben. Da Aichhalden im Schwergewicht keinen Gegner stellen konnte, wurde der Sieg kampfflos an Oskar v. Stein, Triberg, zugesprochen.

**Aurelia-Lich'spiele**  
Boden-Boden  
13. bis 19. Januar!  
Der weltberühmte Farbfilm:  
**Die roten Schuhe**  
mit Adolf Wohlbrück, Albert Bassermann  
Veränderte Anfangszeiten:  
Täglich: 14.30, 17.15, 20.30

**Die Zeitung der Schaffenden ist UNSER TAG**  
2 junge Hunde zu verkaufen. Kallenbach, Freiburg-Haslach, Damerschkestraße 14.

**Städtisches Orchester Konstanz im Konzil**  
Mittwoch, 11. Januar 1950  
Donnerstag, 12. Januar 1950  
GASTSPIEL „NEUES THEATER“ VILLINGEN  
„Gräfin Mariza“  
Operette von Emeric Kalman  
Karten: DM 3.50, 2.50 u. 1.50 bei Musikhaus Lemper, Konstanz  
Hussenstraße 32

**Bekanntmachung der Stadt Offenburg**  
Donnerstag, den 12. und Freitag, den 13. Januar 1950, findet im Städt. Kinderheim, Okenstr. 29, in der Zeit von 9-12 und 14-17 Uhr eine allgemeine unentgeltliche Lebertransausgabe für Vorschule und schulpflichtige Kinder statt. Flaschen (250 g pro Kind) sind mitzubringen.  
Stadtdjugendamt Offenburg

**Achtung!**  
Für Zentral- und Großraum-Heizungen liefern wir preisgünstig unseren bewährten Stückkoks sowie Brechkoks I und II, für kleinere Anlagen Brechkoks III. Für Zimmeröfen und Herdfeuerungen empfehlen wir unseren Kleinkoks (Perlkoks), der überall gerne verwendet wird, pro Ztr. 2,40 DM ab Werk. Auf Wunsch Lieferung frei Haus. Prompte Bedienung. Bei größeren Abschlüssen nach Vereinbarung Zahlungserleichterungen. Decken Sie Ihren Bedarf noch vor Eintritt des Winters beim Gaswerk Rastatt.  
Stadtwerte Rastatt — Gaswerk —

**Bekanntmachung der Stadt Freiburg**  
Maul- und Klauenseuche in Kappel  
Im Klauenviehbestand des Landwirts Adolf Schweizer in Kappel, Haus Nr. 39, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Zur Bekämpfung der Seuche werden auf Grund der §§ 17 ff. und §§ 47 ff. des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (RGBl. 1909 S. 519), der §§ 25 ff. und der §§ 154 ff. der Ausführungsvorschriften des Bundesrates zum Viehseuchengesetz vom 7. 12. 1911 und der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des RuPrMdJ vom 9. 2. 1938 in der abgeänderten Fassung vom 27. 3. 1940 folgende Schutzmaßnahmen angeordnet.  
**A. Seuchengehöft**  
1. Gehöftsperrung mit der Verschärfung, daß abgesehen von Notfällen niemand das Seuchengehöft verlassen oder betreten darf und Gegenstände, die Träger des Ansteckungsstoffes sein können, nicht aus dem Gehöft entfernt werden dürfen.  
2. Hunde, Geflügel, Tauben und Katzen sind so zu verwahren, daß sie das Gehöft nicht verlassen können.  
3. An den Haupteingängen des Seuchengehöftes sind Tafeln mit der deutlichen und haltbaren Aufschrift „Maul- und Klauenseuche“ leicht sichtbar anzubringen.  
4. Vor den Haupteingängen des Seuchengehöftes sind Desinfektionsmatten anzulegen, die täglich mehrmals mit 1prozentiger Natronlauge zu begießen sind.  
5. Die Stallgänge der verseuchten Ställe, die Plätze vor den Türen dieser Ställe, die Hofräume sowie etwaige Abläufe aus der Dungstätte oder dem Jauchehälter sind ebenfalls täglich mehrmals mit 1prozentiger Natronlauge zu übergießen.  
6. Die Dunghaufen sind mit Stroh und Erde abzudecken.  
7. Für jedes evtl. neu verseuchte Gehöft gelten dieselben Anordnungen.  
**B. Sperrbezirk**  
Sperrbezirk im Sinne der §§ 161 ff. der Ausf.-Vorschr. zum Viehs-Gesetz ist die ganze Gemarkung Kappel.  
1. In den nichtverseuchten Gehöften des Sperrbezirks ist die Schutzimpfung mit Maul- und Klauenseuche-Vaccine bei allen Rindern, Schafen und Ziegen durchzuführen. Die geimpften Tiere unterliegen mindestens 14 Tage vom Tage der Impfung an gerechnet der Stallsperrung. Sie dürfen aus dem Gehöft nur in Notfällen mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde zum Zwecke der sofortigen Schlachtung entfernt werden.  
2. Vor der Milchsammlung ist eine Desinfektionsmatte anzulegen, die jeweils vor der Anlieferung der Milch mit 1prozentiger Natronlauge zu begießen ist. Im Sperrbezirk ist die Milch durch ein Pferdeuhrwerk an den Gehöften abzuholen und an die Sammelstelle zu verbringen. Die gesammelte Milch wird von der Milchzentrale Freiburg abgeholt. Dort ist sie vorschriftsmäßig zu erhitzen. Die Kannen müssen vor der Rückgabe desinfiziert werden.  
3. Die in den Gehöften des Sperrbezirks lebenden oder beschäftigten Personen dürfen vor Aufhebung der Sperrmaßnahmen fremde Ställe und Standorte von Klauen-

tieren nicht betreten. Die Ställe dürfen, abgesehen von Notfällen, ohne polizeiliche Genehmigung nur vom Besitzer der Tiere und den mit der Beaufsichtigung, Wartung und Pflege der Tiere betrauten Personen und von Tierärzten betreten werden.  
4. Die Pferde sind aus den Rinderställen herauszunehmen und in nichtbenutzten Stallungen unterzubringen.  
5. Sämtliche Dunghaufen sind mit Stroh und Erde abzudecken. Die abfließende Jauche ist in Senkgruben abzuleiten. Dinger und Jauche darf aus den gesperrten Gehöften nicht ausgeführt werden.  
6. Hunde, Geflügel, Tauben und Katzen sind so zu verwahren, daß dieselben das Gehöft nicht verlassen können.  
7. Der Personenverkehr im Sperrbezirk ist nach Möglichkeit einzuschränken und polizeilich zu überwachen. An den Ortsein- und Ausgängen sind Tafeln mit deutlicher und haltbarer Aufschrift  
„Maul- und Klauenseuche-Sperrbezirk  
Einfuhr und Durchfuhr von Klauenvieh sowie das Durchfahren von Wiederkäuergespanssen verboten.“  
leicht sichtbar anzubringen.  
8. Vor Häusern mit größerem Verkehr sowie an den Ortseingängen sind Desinfektionsmatten anzubringen, die täglich mehrmals mit 1prozentiger Natronlauge zu begießen sind.  
9. Das Abhalten von Versammlungen und Veranstaltungen jeglicher Art, die eine Ansammlung einer größeren Zahl von Personen im Gefolge haben, sind im Sperrbezirk bis auf weiteres verboten.  
10. Die Schule ist für die Dauer von mindestens sechs Tagen zu schließen.  
**C. Schutzzone**  
Die Schutzzone im Sinne des § 168 der Ausf.-Vorschr. zum Viehs-Gesetz umfaßt die im Umkreis von etwa 15 km liegenden Gemeinden: Freiburg, Oberried, St. Wilhelm, Zastler, Hofgrund, Horben, Burg, Falkenstein, Wagensteig, Buchenbach, Unterbental, Stegen, Eschbach, St. Peter, Wildtal, Gundelfingen, Heuweiler, Unterglöttertal, Föhrental, Ohrensbach, Oberglöttertal, Lehen, Umkirch, Hugstetten, Hochdorf, Waltershofen, Oppfingen, Tiengen, Wolfenweiler, Schallstadt, Ebringen, Merzhausen, Au, Wittnau, Sölden, Bollschweil, Pfaffenweiler, St. Ulrich, Ebnat, Wittental, Zarten, Kirchzarten und Denzlingen.  
1. In der Schutzzone ist der Handel mit Vieh und die Abhaltung von Märkten und Versteigerungen verboten.  
2. Das Weggeben von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe und die Entnahme der zur Anlieferung der Milch und zur Ablieferung der Milchrückstände benutzten Gefäße aus der Molkerei ist vor deren Desinfektion verboten.  
3. Ställe und Standorte von Klauentieren dürfen durch Schlächter, Händler, Viehkastrierer und andere Personen, die gewerbsmäßig in Ställen verkehren sowie durch Hausierer nicht betreten werden.  
4. Die Ausfuhr von Klauentieren aus der Schutzzone ist nur mit Genehmigung des Landratsamtes Freiburg gestattet.  
Freiburg i. Br., den 4. Januar 1950.  
Landratsamt Freiburg i. Br.